

www.mediateam-werbeagentur.de

SONDERKONDITIONEN ZU WEIHNACHTEN
ÖFFENTLICHEN DIENST UND IN VERGLEICH

WunschPlus Kredit

Schnell schalten:

- ⊕ bis zu € 3.000,- Kreditsumme
- ⊕ bei 47 Monaten Laufzeit:
6,95% eff. Jahreszins
- ⊕ sofortige Kreditentscheidung
- ⊕ fröhliche Gesichter zum Fest



Allgemeine Beamtenkassen

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

November
2004

Schulden

Inhalt:

Schulden

von Werner Hartl S. 3

Wächst eine Generation der Schuldenmacher heran?

Ver- und Überschuldung als aktuelles Problem und Zukunftsfrage
von Prof. Dr. Armin Lewald S. 5

Auszubildende und Schulden

von Claudia Caspari S. 7

Auf keinen grünen Zweig ...

Trotz Vollzeit-Arbeit kein Ausweg aus der Schuldenfalle
Inge Poljak interviewt einen Betroffenen S. 10

Der lernende Kapitalismus

Finanzielle Allgemeinbildung als Schuldenprävention
von Prof. Dr. Udo Reifner S. 12

Von der normativen Kraft des Faktischen

von Gele Neubäcker S. 15

Schulische Selektion

und die Diagnose der »emotionalen Störung«

von Markus Fellner S. 17

Es ist 5 vor 12

Impressionen von der Kundgebung des Bündnisses
»Kinder brauchen Qualität« am 9.10. in München S. 19

Ambulante aufsuchende soziale Dienste

Resümee einer Fachtagung von GEW und OBIS e.V.
von Heidi Breucker-Bittner und Günther Schedel-Gschwendtner S. 20

Zur Reform des Beamtenrechts

Erklärung des GEW-Hauptvorstandes vom 16.10. S. 21

Zur Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst und zur Vorbereitung der Tarifrunde 2005

Entschiebung der Großen Tarifkommission der GEW S. 21

Verschiedenes

..... S. 22

Glückwünsche und Veranstaltungen

..... S. 23

Kontakte

..... S. 24

Arbeitskreis für LehrerInnen, PensionistInnen aller Schularten!

Wer hat Interesse an einem schulübergreifenden Arbeitskreis? Z.B. zur Sinnlosigkeit des gegliederten Schulwesens durch Lehrplanvergleich. Wer lernt was, wann, wie?

ursula.leppert@gmx.de - Tel. 0 89/36 10 00 25

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

100.700 Euro auf der hohen Kante hat durchschnittlich jeder deutsche Privathaushalt, womit die Bundesbürger auch beim Sparen weiter Spitze wären, berichtet die SZ am 21.10. Darauf, dass es »die Bundesbürger« nur in der Statistik gibt, verweist der Schwerpunkt dieses Heftes. Denn während sich bei wenigen immer mehr Reichtum ansammelt, rutscht eine steigende Zahl in Überschuldung ab. Dringend erforderlich wäre deshalb ein Ausbau der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Aber das Gegenteil geschieht. Einige für deren Finanzierung zuständigen Kommunen und Bundesländer »sparen« auch hier. So hat die Bayerische Staatsregierung im Zuge ihrer Kürzungspolitik den Haushaltsansatz für Insolvenzberatungsstellen von 2,556 Mio. Euro im Jahre 2003 auf 800.000 Euro 2004 zusammengestrichen. Und auch dieser Restbetrag verdankt sich nur lautstarken öffentlichen Protesten. Aber selbst diese Misere eignet sich zum politischen Schlagabtausch: Die Bundesministerinnen Renate Schmidt und Brigitte Zypries fordern am 18.10., dass »die Bundesländer ihrer Verantwortung nachkommen und weiterhin Schuldnerberatung finanzieren«. Bayerns Justizministerin Beate Merk hingegen prangert am 24.10. »massiven Missbrauch« des Instruments der Verbraucherinsolvenz an. Und die Presse hat dafür auch sofort das Beispiel eines 27-jährigen Schuldners parat, der bei seinen Gläubigern mit 78 Mio. Euro in der Kreide steht, von denen er anbietet 1,5 Mio. zurückzuzahlen. »Florida-Rolf« lässt grüßen. Wieder rauscht so ein spektakulärer Fall durch die Medien und im Windschatten solcher Berichterstattung verschwindet die reale Gefahr im Dunkeln, dass sich mit Inkrafttreten von Hartz IV, das von allen herrschenden Parteien verantwortet wird, der Schulden- druck für unzählige Menschen dieses Landes verschärfen wird. Wir plädieren mit unserem Heft für pädagogische Aufklärung.

Karin Just

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will ab November eine kostenlose Arbeitshilfe für LehrerInnen über das Internet zur Verfügung stellen: www.unterrichtshilfe-finanzkompetenz.de



Tower-Power-Party

am 19.11.04 ab 20.00 Uhr
in Nürnberg, Anne-Frank-Turm
(gegenüber Opernhaus)

Party für »Junge« zum
Kennenlernen der jungen GEW

Telefonische Sprechzeiten der GEW Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
montags und donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59

Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5 389487
e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Doro Weniger, Ernst Wilhelm.
Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Karin Just
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates



Schulden

Schulden, so lässt sich schon aus der Begrifflichkeit entnehmen, sind mit einem negativen Beigeschmack behaftet. Wer Schulden aufnimmt, kommt mit seinem Geld nicht zu recht, muss »auf Pump« leben. Diese Sichtweise und die negative Bewertung des Schuldenmachens haben im Laufe der Zeit ihren Schrecken verloren. Dies schlägt sich auch in der Ausdrucksweise nieder. Der »Kredit« ist ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil unseres Wirtschaftslebens, nicht nur für Unternehmen, sondern in zunehmendem Maße auch für Privatpersonen.

Verschuldung

Wird die Reise gebucht, aber das Girokonto hat sich von der letzten Anschaffung noch nicht ganz erholt, greift der Dispo-Kredit. Für größere Anschaffungen wird ein Kreditvertrag abgeschlossen oder die Zahlung in Raten vereinbart. Gedacht sei hier auch an die Kreditkarte oder an Handy-Verträge. »Schulden machen«, geht ganz einfach. Verschuldung ist jede Form des Eingehens von Zahlungsverpflichtungen.

Überschuldung

Das ist kein Problem, solange die vereinbarten Verpflichtungen wie Zinsen (der Preis für das Geldausleihen) und

die Tilgung (das Zurückbezahlen des geliehenen Betrages) pünktlich beim Kreditgeber, auch Gläubiger genannt, eintreffen. Als überschuldet gilt, wer nach Abzug der Kosten für die gesamte Lebenshaltung dauerhaft nicht genügend Einkommen hat, um Kreditraten zu bedienen, weitere Kredite aufzunehmen, und damit eine psychosoziale Destabilisierung nicht mehr abwenden kann.

Entwicklung der letzten Jahre

Der jährliche Bestand an Konsumentenkrediten hat sich in der Bundesrepublik von 1991 bis 2002 um 49 % von etwa 130 Mrd. Euro auf etwas unter 200 Mrd. Euro vergrößert¹. Die durchschnittliche Höhe der Privatkredite ist in der Zeit von 1998 bis 2002 von ca. 7.000 Euro auf ca. 8.300 Euro gestiegen. In den alten Bundesländern wurden im Durchschnitt mit 8.800 Euro höhere Schulden aufgenommen als in den Neuen Ländern mit 7.200 Euro.¹ Am häufigsten gehören zu den Kreditnehmern Familien und alleinerziehende Mütter. Aber auch Höherverdienende, leitende Angestellte/Beamte, Selbstständige und Freiberufler sind überrepräsentiert. Die meisten Kredite nehmen Personen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren auf.²

¹ Schulden-Kompass 2003, Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland, Hrsg.: Schufa Holding AG, Wiesbaden 2003

² Korczak, Dieter: Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer 2001

Die Rückzahlung von Krediten ist in der Mehrzahl der vergebenen Kredite kein Problem. In nur 2,2 bis 3,3 % der Fälle in den Jahren 1988 bis 1999 wurden von den Kreditinstituten aufgrund von ausbleibender Tilgung die Kredite gekündigt.²

Für Haushalte mit unzeitigem oder niedrigem Einkommen birgt eine Kreditaufnahme ein erhöhtes Risiko. Zum einen verteuern sich für Haushalte ohne »Sicherheiten« die Kosten eines Kredits. Zum anderen ist das, nach Abzug der Kredittilgungen, verbleibende Einkommen oft so knapp bemessen, dass unvorhergesehene Ereignisse und damit verbundene Kosten kaum abgedeckt werden können. Der Zahlungsverzug und die Anhäufung von Schulden, um die wichtigsten Kosten zu decken, birgt die Gefahr in sich, in die Schuldenspirale zu geraten, an deren Ende die Zahlungsfähigkeit steht.

Von Überschuldung sind daher nicht alle in gleichem Maße betroffen. Auffällig ist, dass die Lebenslage überschuldeter Haushalte sich in vielerlei Hinsicht mit der Lebenslage armer Haushalte deckt. Ein Zusammenhang mit niedrigem Bildungsabschluss und fehlender Berufsqualifikation ist erkennbar. Als Anstoß für den Beginn einer Überschuldungskarriere gelten so genannte kritische Lebensereignisse: Arbeitslosigkeit, Trennung/Scheidung, Schwangerschaft/Geburt, Haushaltsgründung, Krankheiten oder Mieterhöhungen sind in der Mehrzahl der Fälle die mittelbare oder unmittelbare Ursache von Überschuldung.

Familienhaushalte sind besonders betroffen. Sie stellen etwa die Hälfte des Klientels von Schuldnerberatungsstellen. Bei rund 43 % der überschuldeten Haushalte sind Kinder durch die Überschuldung betroffen.²

Wenn die Überschuldungsgefahr eng mit der Lebenslage verknüpft ist, besteht die Gefahr, dass die Bewältigung der Situation einen längeren Lebensabschnitt bestimmt oder sogar in einer Ausgrenzung in Form fehlender Teilhabe am Geldverkehr münden kann. So verfügten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit etwa 90.000 Arbeitslosengeld- oder Arbeitslosenhilfe-Berechtigte über kein Girokonto.

Grad der Verschuldung

Wie groß ist nun die Zahl der von Überschuldung betroffenen Haushalte? Diese Frage ist nicht allzu leicht zu beantworten, denn nicht jeder mit existenziellen finanziellen Problemen sucht die naheliegenden Anlaufstellen wie Schuldnerberatungen auf und geht somit in die Statistiken ein. In der Studie »Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999«² versuchen

die AutorInnen anhand eines Indikatorenmodells dennoch eine Schätzung vorzunehmen. Es werden Indikatoren, wie die Entwicklung der Konsumentenkredite und Kreditkündigungen, die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, die Entwicklung der eidesstattlichen Versicherungen ebenso mit einbezogen wie die Anzahl der Lohn- und Gehaltspfändungen sowie Miet- und Energieschulden von privaten Haushalten. 1999 galten laut dieser Annäherung 1,9 Mio. Haushalte in Westdeutschland und 870.000 Haushalte in Ostdeutschland als überschuldet, wobei der Scheitelpunkt in Westdeutschland 1997 mit 2,1 Mio. überschuldeten Haushalten überschritten zu sein scheint und in Ostdeutschland eine jährliche Steigerung zu verzeichnen ist.²

Prozentual gelten in Westdeutschland also 6,2 % und in Ostdeutschland 12,5 % der Haushalte als überschuldet.²

Dieser hohe Unterschied in den »Überschuldungsraten« in Deutschland-Ost und Deutschland-West kann auch als Indikator für die Auslöser von Überschuldung interpretiert werden. Niedrigeinkommen und Zahlungsunfähigkeit sind miteinander verknüpft und somit sozialstrukturelle Probleme. Eine erste »Lösung« läge also in der Verringerung von Arbeitslosigkeit, einer Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen oder der Schaffung von ausreichendem Einkommen, beispielsweise für alleinerziehende Mütter.

Die Ursachen liegen allerdings nicht nur in der sozialstrukturellen Matrix verborgen. In unserer Warengesellschaft wächst auf der einen Seite der Konsumdruck. Wer dazugehören will, braucht ein gesellschaftlich bestimmtes Konsumniveau. Der Urlaub, den man braucht, um sich zu regenerieren, die Sportbetätigung mit oder ohne Verein, die Markenkleidung, ohne die man nicht landen kann, die Wohnung, das Auto als Prestigesymbol, wollen bezahlt werden.

Auf der anderen Seite ist Konsum aufgrund mangelnder Binnennachfrage gesellschaftlich durchaus erwünscht. Ausdruck dafür ist auch das seit langem schon andauernde offensive Werben der »Kredit-Produkte« von Finanzdienstleistern.

Da nun aber, spätestens seit der Ära Kohl, ein Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen (Deregulierung, Mini-Jobs) und Verringerung des Lohnniveaus (Nullrunden, Kürzungen) erkennbar ist, steigt das Risiko, vorübergehend oder längerfristig auf Einkommen verzichten zu müssen.

Ansätze zur Schuldenprävention, wie z.B. der einer »Finanziellen Allgemeinbildung« (wir stellen dieses Konzept ab Seite 12 dar. Die Redaktion.), zur Herausbildung von qualifizierten Konsumenten sind wichtig. Da sie aber zunächst nur auf die sichtbaren Symptome zielen, müssen sie ergänzt werden durch Bildungskonzepte, die auch die tiefliegenden Ursachen in einer vom Primat der Ökonomie durchdrungenen und vom Warenkonsum geprägten Gesellschaft behandeln und zum kritischen, souveränen Umgang damit befähigen.

von Werner Hartl

Er arbeitet derzeit an seiner Diplomarbeit
»Auszubildende und Schulden«
im Studiengang Soziologie an der LMU München



Wächst eine Generation der Schuldenmacher heran?

Ver- und Überschuldung als aktuelles Problem und Zukunftsfrage

Spätestens die Berücksichtigung der Überschuldung privater Haushalte im Insolvenzrecht musste auch für Laien in dieser Frage ein Zeichen sein, dass die Zeiten vorüber waren, in denen eine Überschuldung privater Haushalte relativ selten vorkam. Im November 1998 forderten der Bund Deutscher Rechtspfleger und der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmer mit Verweis auf etwa 2,6 Millionen überschuldete Haushalte zu einem »Bündnis gegen Überschuldung« auf: ein deutlicher Hinweis auf ein ernst zu nehmendes Problem. Wie würde, wie könnte es sich entwickeln? Würde die nachwachsende Generation der Wirtschaftsbürger, also die jetzt lebenden Kinder und Jugendlichen, sich auf ein problematisches Wirtschaftsverhalten, wie es eine massive Verschuldung darstellt, einlassen oder zur finanzwirtschaftlichen Tugendhaftigkeit ihrer Großeltern zurückkehren? Oder besteht die Gefahr, dass von ihnen noch weniger Solidität im Finanzgebaren zu erwarten ist und das Problem sich eher auszuweiten droht als abnimmt? Eine Schlüsselgröße zum Suchen und vielleicht Finden einer Antwort auf diese Frage dürfte in der Diskussion über Werthaltungen und Wertewandel zu finden sein. Ist z.B. Verlässlichkeit für Jugendliche noch so etwas wie eine Frage der Ehre? Gilt das auch für Schuldverhältnisse? Welchen Wert oder Unwert haben Verschuldungen für junge Menschen? Möchte man Schulden vermeiden, weil Schulden vielleicht doch sozial unzutraglich sind, oder steht man ihnen gleichgültig gegenüber? Oder hat es vielleicht für Jugendliche sogar den Glanz des Weltmännischen, Schulden zu machen und zu haben? Und – jenseits der Wertfrage – welche Erfahrungen haben Kinder und Jugendliche mit Schulden, Verschuldung, Überschuldung? Eine negative Erfahrung könnte vielleicht eine Schutzwirkung (ähnlich einer Impfung) entfalten ebenso wie ein Wissen um rechtliche, ökonomische und soziale Folgen einer Überschuldung. Es könnte aber auch sein, dass solches Wissen und dass Erfahrungen mit Überschuldungen bei Kindern und Jugendlichen nur vereinzelt vorliegen – oder aber als unbedeutend missachtet werden. Ob also aus der gegenwärtig zumindest der Richtung nach feststellbaren Situation einer Zunahme von Überschuldungen privater Haushalte ein stabiler Zukunftstrend wird, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, wie Kinder und Jugendliche das Phänomen »Schulden« erleben, erkennen, beurteilen und wie sie mit ihm umgehen.



Foto: David Ausserhofer

Im Rahmen eines Pilotprojektes in der niedersächsischen Region Weser-Ems wurde diesen Fragen nachgegangen. In das Projekt waren etwa 30 Schulen aus ländlichen und kleinstädtischen Gebieten sowie aus den Städten Oldenburg und Osnabrück einbezogen. Etwa 1.000 SchülerInnen sowie Lehrkräfte sind per Fragebogen interviewt worden, weitere SchülerInnen in Form von Klassengesprächen. Ergänzend wurden Interviews mit MitarbeiterInnen von Jugendämtern, Polizeidienststellen und Schuldnerberatungsstellen durchgeführt und ausgewertet. Bei der Fragebogenaktion für SchülerInnen gab es drei Gruppen:

- SchülerInnen der Grundschule (Klasse 4)
 - SchülerInnen der Orientierungsstufe (Klasse 6)
 - SchülerInnen von Haupt-, Real- und Gesamtschulen (Klassen 9 und 10)
- jeweils im gleichen regionalen Umfeld.

Auch wenn die Studie keine Repräsentativergebnisse bietet, gibt sie doch Hinweise, in welcher Richtung sich weitere Forschungen zum Thema bewegen könnten. Folgende Thesen bieten einen kurzen Überblick über die Ergebnisse.

These 1: Für viele SchülerInnen ist bei als dringlich empfundenen Bedarfen die Finanzierung entsprechender Käufe durch Kredite ein Akt selbstverständlicher Alltagsbewältigung. »Gewissensbisse« spielen dabei kaum eine Rolle. Die Bereitschaft, Schulden zur Finanzierung von Konsum zu machen, steigt mit dem Alter, die Option »Ansparen« nimmt signifikant ab.

These 2: Die Bereitschaft, auf die Befriedigung von Konsumwünschen bei einem zunächst gegebenen Mangel an eigenen Mitteln zu verzichten, ist relativ gering ausgeprägt. Sie nimmt mit zunehmendem Alter weiter ab. Können sich noch 37 % der befragten Grundschul Kinder (Klassen 3 und 4) vorstellen, auf die Realisierung eines Konsumwunsches bei Geldmangel zu verzichten, sind es in den Klas-

sen 9 und 10 nur noch 24 %. Für eine »Kreditfinanzierung« (Geldleihe mit Rückgabeverpflichtung ohne Zinszahlung) sprachen sich in der Grundschule ca. 54 % der Befragten aus, bei den »Großen« waren es fast 65 %. In den Klassen 5 und 6 lagen die Ergebniswerte jeweils zwischen den Werten für die referierten Klassen.

These 3: SchülerInnen haben Erfahrungen im Umgang mit »Leihen und Verleihen«, mit »Kredit und Schulden«. Nur das Moment »Zinsen für Kredite« liegt außerhalb des persönlichen Erfahrungsfeldes, ist aber im Hinblick auf die Welt der Erwachsenen ein bekanntes Phänomen. SchülerInnen aller Altersstufen wissen zum überwiegenden Teil um negative Folgen einer Nichteinlösung von Kreditverpflichtungen in der Welt Erwachsener.

These 4: Die Erfüllung eingegangener (Kredit-)Verpflichtungen wird zumindest im Hinblick auf den Erfüllungszeitpunkt – umgangssprachlich ausgedrückt – etwas »locker« gesehen und gehandhabt. Rückgabe erst nach Mahnung gehört für viele zum Normalverhalten. Die Erfahrung wird schon im Grundschulalter gewonnen, wenn es um die Leihe von Sachen geht. Sie setzt sich mit steigendem Lebensalter fort und gewinnt auch Gültigkeit, wenn es um das Leihen und Verleihen von Geld geht. Während über 70 % aller Befragten Erwachsenen ein »peinliches Berührtsein bei Zahlungsverzug« zuschreiben, weisen die entsprechenden Antworten für Kinder und Jugendliche deutlich andere Werte auf: Wenn es um einen selbst geht, liegt der durchschnittliche Wert bei etwas über 40 %, bei anderen Kindern und Jugendlichen glauben nur noch etwa 20 % an eine solche Regelung.

These 5: Bei dem Eingehen eines Schuldverhältnisses spielt die Frage, ob eine Rückzahlung in der abgesprochenen Weise tatsächlich möglich ist, bei einem nennenswerten Teil der Jugendlichen nicht unbedingt eine tragende Rolle. Dies ist sehr vorsichtig formuliert. Auf das Statement »Manche Jugendlichen wissen (beim Eingehen eines Schuldverhältnisses), dass sie nicht zurückzahlen können«, haben immerhin mehr als 19 % mit »ja« geantwortet und fast 43 % haben die Aussage gestützt, dass manche Jugendlichen beim Eingehen des Schuldverhältnisses schon wissen, dass sie nicht zeitgerecht zurückzahlen können.

These 6: Schulden werden nur von einer relativ geringen Zahl älterer SchülerInnen als ein wirtschaftliches Risiko eingestuft. Leider ist nicht nach einer Einstufung als soziales Risiko gefragt worden. Im Kontext anderer Fragen ist aber deutlich geworden, dass Kinder auch diese Facette der Verschuldung kennen und z.B. Streit in der Familie oder zwischen Freunden als Folge einer Verschuldungssituation erwähnen.

These 7: Eltern, Großeltern und andere gut meinende Verwandte tragen zu einer Verschuldungsbereitschaft bei.

Es hat sich gezeigt, was man bei näherem Hinsehen ohnehin wahrnimmt, dass schon Kinder einiges Geschick darin entwickeln, sich Geld im Familienkreis zu leihen und eine Rückzahlung durch immer erneutes Verschieben des Rückzahlungstermins zu umgehen versuchen – oft mit Erfolg. »Behalte das Geld, ich schenke es dir«, das ist die erlösende Aussage. Der Erfolg dieser Strategie führt zu einem fatalen Lernergebnis in Sachen Verschuldung. Warten, verzögern, vergessen führt in den privaten Kontexten zum Erfolg, im späteren Leben aber zu erheblichen Schwierigkeiten.

Ausblick

Die Ergebnisse zeigen, wie notwendig es ist, sich Gedanken über Prävention zu machen. Ein sehr großes Problem dürfte dabei in der Tatsache liegen, dass auch hinsichtlich des Verschuldungsverhaltens Sozialisationsvorgänge im Spiel sind, die man nicht mit ein oder zwei im Unterricht übermittelten Botschaften überlagern und in ihrer Wirkung neutralisieren kann. Ohne jeden persönlichen Bezug darüber nachdenken zu lassen, wie man als Jugendlicher z.B. durch Verzicht eine Ver- und Überschuldung vermeiden könnte, dürfte wirkungslos bleiben. Es geht, auch daran sei erinnert, bei der Verschuldungsfrage nicht zuletzt um Werthaltungen. Wer z.B. Verlässlichkeit im sozialen Miteinander nicht als unabdingbar ansieht, dürfte auch in der Frage der finanziellen Verschuldung nicht nach (eigener) Verlässlichkeit fragen. Das Aufzeigen spürbarer negativer Folgen wirtschaftlicher und sozialer Art als mögliche Folgen einer Überschuldung kann als Präventionshilfe nur eine Hilfsfunktion erfüllen. Bemühungen um Vorbeugung durch das Aufzeigen nachfolgender Übel haben wenig Erfolg, wie alte Beispiele von Präventionsbemühungen im Bereich Alkoholkonsum oder Rauchen zeigen. Sie sind nicht gerade ein ermunterndes Beispiel. Aber man sollte solche negativen Exemplare im Blick haben und sie als pädagogische Herausforderung betrachten, im Bereich der Verschuldungsfrage mit kreativen Ansätzen nach Erfolgen zu suchen. Eine Hilfe könnte es dabei sein, die Erfahrungen von Schuldnerberatungsstellen auszuwerten und einzubeziehen. Vor allem aber werden Wertfragen und Werthaltungen eine wichtige Rolle spielen. Der Religionsunterricht bzw. das Fach Werte und Normen (in Bayern Ethik) als Baustein eines schulischen Bemühens um Überschuldungsprävention? Ergebnisse aus dem Pilotprojekt legen es nahe, darüber zumindest nachzudenken.

von Prof. Dr. Armin Lewald
Institut für ökonomische Bildung
der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg



Kontakt: Prof. Dr. Armin Lewald oder Wissenschaftliche Mitarbeiterin Tanja Dannemann, Studiengang Haushalts- und Ernährungswissenschaften, Fachbereich 3 Sozialwissenschaften, Tel. 0441-798-2629, Fax -2967.

Gekürzter Nachdruck aus »blz - Zeitschrift der GEW Bremen« mit freundlicher Genehmigung des Autors und der GEW Bremen.

Auszubildende und Schulden

Das Phänomen Jugendschulden wurde in letzter Zeit verstärkt von den Medien aufgegriffen und in der Fachwelt diskutiert. Finanzielle Schwierigkeiten spielen beispielsweise auch im Münchner Ausbildungs-Zukunftsbüro (azuro) der DGB-Jugend und des DGB-Bildungswerks immer häufiger eine Rolle, etwa wenn Auszubildende sich aufgrund ihrer finanziellen Lage gezwungen sehen, eine Ausbildung abzubrechen. Unter den verschuldeten jungen Menschen nehmen Auszubildende eine Sonderstellung ein. Sie beziehen bereits mit 15 Jahren ein eigenes Gehalt, müssen selbstständig wirtschaften und haben Zugang zu Krediten und Ratenverträgen. Gerade in München sind dabei verhältnismäßig viele Auszubildende auf sich alleine gestellt, denn aufgrund der schlechten Lage am Ausbildungsmarkt kommen immer mehr Auszubildende aus verschiedenen bayrischen Regionen und anderen Bundesländern in die Landeshauptstadt. Hinzu kommt, dass München im Vergleich der Lebenshaltungskosten mit verschiedenen Metropolen weltweit auf Platz 20 rangiert.

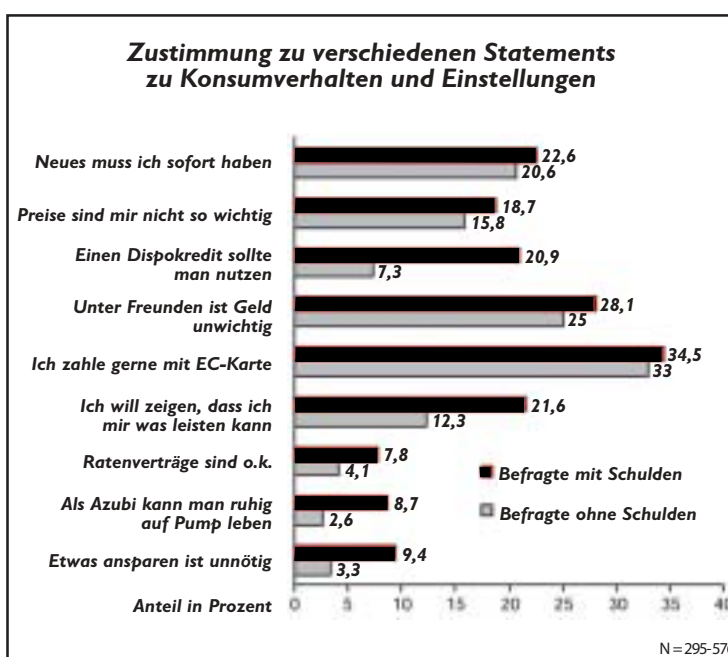
Da es bis heute keine Untersuchung der finanziellen Situation von Auszubildenden in München gibt, hat sich die DGB-Jugend München im Jahr 2003 den Themenschwerpunkt Jugendschulden gewählt. Kern des Arbeitsschwerpunktes sind zwei Untersuchungen mit unterschiedlichen inhaltlichen Anliegen. Die bereits vorliegende Voruntersuchung versucht, das Phänomen Schulden unter Auszubildenden zu erfassen und zu beschreiben. Mit Hilfe eines kurzen Fragebogens wurden im Zeitraum von Januar bis März letzten Jahres 935 Auszubildende befragt, die zu diesem Zeitpunkt in München eine Berufsschule besuchten. Erhoben wurden Daten zur Person, zur finanziellen Situation, den Ausgaben und Einnahmen und dem derzeitigen Verschuldungsstand. Schulden wurden dabei sehr einfach als geschuldeter Geldbetrag definiert, den die Auszubildenden nicht »auf die Schnelle« zurückzahlen könnten. Dadurch ergab sich natürlich nur eine Momentaufnahme, da frühere Verschuldungen und Verschuldungskarrieren nicht erfasst wurden. Erfragt wurde auch, an wen sich die Auszubildenden bei finanziellen Schwierigkeiten wenden würden und was ihnen den Gang zu einer Schuldnerberatung erleichtern würde. Ein zusätzlicher Fragenkomplex ging der Einstellung der Auszubildenden zum Umgang mit Geld

und ihrem allgemeinen Konsumverhalten nach. Festzuhalten bleibt: Es wurden hierbei keine komplexeren Zusammenhänge wie z.B. der Schuldenverlauf und soziale Hintergründe der Befragten analysiert. Diese Aspekte werden in einer gerade laufenden, weitaus differenzierteren Studie beleuchtet.

In der Voruntersuchung zeigte sich bei Münchner BerufsschülerInnen: 34,6 %, also mehr als ein Drittel der befragten Auszubildenden, haben Schulden. Dabei liegt der durchschnittliche Wert der Verschuldung bei 1104 Euro, während die Beträge im Einzelnen zwischen 25 und 11300 Euro liegen. Mit über 1000 Euro sind immerhin 26,2 % der Auszubildenden verschuldet. Schulden werden zum Großteil im privaten Umfeld gemacht (85 %), aber auch Banken

und Geschäfte werden häufig als Gläubiger angegeben (51 %). Verschuldete Auszubildende sind sich ihrer Situation durchaus bewusst. Sie geben zu 37 % an, dass sie sich bereits einschränken müssen. Weitere 28,9 % haben »ernsthafte finanzielle Sorgen« und 7,2 % wissen nicht, wie sie ihre finanziellen Probleme lösen sollen. Dagegen kommen fast 80 % der Nicht-Verschuldeten »mehr oder weniger gut« mit ihrer finanziellen Situation zurecht bzw. haben »keinerlei Geldsorgen«. 1,6 % aller Befragten haben aufgrund ihrer finanziellen

Situation bereits einmal eine Ausbildung abgebrochen, 13,2 % haben bereits überlegt, dies zu tun. Unter den verschuldeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben 26,9 % schon mit dem Gedanken gespielt, die Ausbildung abzubrechen. Verschuldete und nicht-verschuldete Auszubildende haben in etwa das gleiche monatliche Einkommen zur Verfügung, allerdings geben verschuldete Jugendliche durchschnittlich 137 Euro mehr aus. Wofür verschuldete Jugendliche diesen Betrag ausgeben, ist anhand der Daten nicht erkennbar. Es zeigt sich aber ein Zusammenhang zwischen der Einstellung zum Konsumverhalten und Verschuldungsgefährdung sowie z.B. zwischen der Einstellung zu Dispokrediten und Verschuldungsgefährdung. Die überwältigende Mehrheit aller befragten Auszubildenden würde sich bei finanziellen Problemen an Personen aus dem privaten Umfeld wenden, insbesondere an die eigenen Eltern. Nur 7 % aller Befragten würde im Fall finanzieller Probleme den Gang zu einer Schuldnerberatungsstelle in Erwägung ziehen.



Der »klassische« Verschuldungsfall

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verschuldungsrate unter Auszubildenden auch bei differenzierter Betrachtung erschreckend hoch ist. Auszubildende stellen eine besondere Risikogruppe dar. Der klassische hier thematisierte Verschuldungsfall ist 21-26 Jahre alt, im 3. Lehrjahr, hat keinen Schulabschluss oder nur einen einfachen Hauptschulabschluss und lebt selbstständig in München. Mit seiner Schulden-Problematik wendet er sich an Menschen im privaten Umfeld. Er muss sich einschränken und hat finanzielle Sorgen. Obwohl ihm bewusst ist, dass er nur schwer mit Geld auskommt, neigt er zu Haltungen und Einstellungen, die seine finanzielle Situation verschlimmern.

Grundsätzlich können aber alle jungen Leute – unabhängig von ihrer Berufsausbildung – von einer Verschuldung bedroht sein. So leihen sich bereits Jugendliche mit 13 oder 14 Jahren Geld von Familie und Freunden, wenn die Einnahmen aus Taschengeld zur Bedürfnisbefriedigung nicht ausreichen. Die anfangs privaten Schulden können Auslöser – auch in Form von erlerntem Verhalten – für eine weitere Verschuldung bei Banken und anderen Gläubigern sein. Meist dient der Dispokredit oder der Ratenkauf jungen Erwachsenen als scheinbar unproblematische und leicht verfügbare Geldquelle bei der Verwirklichung von Konsumwünschen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass Konsum und das Verfügen über Konsumgüter für viele Jugendliche eine notwendige Voraussetzung ist, um die Zugehörigkeit zu ihrer Altersgruppe zu sichern. Auch der individuelle Ausdruck der eigenen Persönlichkeit, der sich gerade bei jungen Menschen im äußeren Erscheinungsbild manifestiert, wird heute vor allem durch Konsumgüter und Statussymbole gestaltet. Erschwerend kommt hinzu, dass Jugendliche altersbedingt oft nicht sehr weit vorausdenken und ihre Probleme in Momentaufnahmen betrachten. Aus diesen Gründen und aus den Ergebnissen der beschriebenen Studie entstand die Idee, ein Konzept zum Thema Schuldenprävention bei Jugendlichen zu entwickeln, mit dem diese bereits in der Sekundarstufe an Schulen, in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder spätestens in der Berufsschule erreicht werden sollen. Ziel muss die Verhinderung von Verschuldung bereits im Vorfeld sein, damit es nicht zu finanziellen Sorgen und deren negativen Folgen kommt. Durch das Entwickeln von jugendgerechtem Informationsmaterial sowie gezielten Veranstaltungen an Schulen und Jugendzentren sollen Jugendliche über Verschuldung aufgeklärt werden. Sie sollen einfache, lebenspraktische Tipps erhalten, die den Umgang mit dem eigenen Geld betreffen und auf Gefahrenquellen hinweisen. Weiterer zentraler Aspekt ist aber auch das Hinterfragen von Konsumgewohnheiten, das Fördern einer kritischen Einstellung zu Konsum und die Fähigkeit zu überlegten Konsumententscheidungen. Diese Ziele müssen mit den Jugendlichen gemeinsam erarbeitet werden, um sie zu befähigen, mit dem stetigen Konsumdruck umzugehen. Präventive Ansätze sind dabei besonders wirksam, wenn sie Fertigkeiten vermitteln, die einen produktiven Umgang mit

Entwicklungsaufgaben und den Anforderungen des Alltags ermöglichen. Hierzu zählen Faktoren wie ein starkes Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Fähigkeit Gefühle zu zeigen und auszuleben, ein adäquater Umgang mit Konflikten etc.

Präventionsarbeit, die sich der Verschuldung Jugendlicher widmet, muss auch diese Ansätze berücksichtigen.

Empirischen Erkenntnissen folgen konkrete Taten

Seit 1. September 2004 läuft das Projekt »CASHLESS« in München als Präventionsprojekt gegen Jugendschulden. Dank der Förderung des Projektes durch das Amt für soziale Sicherung, das zum Sozialreferat der Landeshauptstadt München gehört, gibt es nun eine Vollzeitstelle, die sich dem Thema widmet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf präventiven Maßnahmen. Es sollen beispielsweise MultiplikatorInnen-Schulungen konzipiert werden, mit denen unter anderem an LehrerInnen in Münchner Berufsschulen herangetreten werden kann. Verantwortlich für das Projekt ist eine Trägervereinigung, die in dieser Zusammensetzung den Zuschlag von der entscheidenden Institution erhielt. Zu ihr gehören die DGB-Jugend, Region München, und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) München. Die technische Durchführung, insbesondere auch der geplante Webauftritt des Projektes, liegen bei der Anderwerk GmbH. Ein Büro für die geschaffene Stelle wird im Jugendinformationszentrum (JIZ) in der Paul-Heyse-Straße 22 in München geschaffen, in Räumen des Kreisjugendrings München-Stadt, der ebenfalls zum Trägerverein gehört.

Da konkrete Konzepte und Schwerpunkte erst in enger Zusammenarbeit mit den genannten Beteiligten ausgearbeitet werden, können derzeit noch keine Materialien oder Unterrichtseinheiten ausgegeben werden. Ziel ist nicht nur die Evaluation des Projektes durch eine wissenschaftliche Begleitung, sondern auch eine Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Erarbeitung und Konzeption. Das auf vier Jahre angelegte Projekt »steckt noch in den Kinderschuhen« und kann deswegen frühestens im Frühjahr 2005 seine Arbeit in Schulen, Jugendzentren etc. aufnehmen. Von Seiten der Träger ist Claudia Caspari für die Projektgestaltung angestellt worden. Zuständig von der Landeshauptstadt München ist Christa Kaindl von der Schuldner- und Insolvenzberatung. Kontaktadressen oder Website stehen leider noch nicht zur Verfügung, sie werden in einer folgenden Ausgabe der DDS noch bekannt gegeben.

von Claudia Caspari

Diplom-Soziologin
und verantwortlich für das Projekt
CASHLESS-MÜNCHEN



Die erste Studie »Auszubildende und Schulden« gibt es im azuro-Büro, Landwehrstr. 87, 80336 München. Sie kann unter <http://www.azuro-muenchen.de> heruntergeladen werden.



Rund ums Kaufen. CD-ROM des Anderwerk.

Rund ums Kaufen.

Eine kleine Rechtskunde für Jugendliche.

CD-ROM von Gert Künneth (Autor) und Barbara Segatz (Grafik), hg. von anderwerk.

Systemvoraussetzungen:
Pentium-PC ab 233 MHz,
mind. 64 MB RAM;
Windows ab Version 95,
Grafikauflösung 800x600.

Die Lizenz zur Benutzung

des Lernprogramms im Benachteiligtenunterricht ist kostenlos. Als Unkostenpauschale für die Auslieferung auf CD werden EUR 10,70 inkl. MwSt., zzgl.

Verpackung und Versand, berechnet.

Die Münchener gemeinnützige GmbH anderwerk ist in vielerlei Weise auf dem Sozialarbeits- und Bildungsmarkt tätig; sie bietet u.a. Qualifizierungskurse für Langzeitarbeitslose, Ausbildungen in handwerklichen Berufen für Jugendliche mit sozialen Schwierigkeiten und berufsvorbereitende Maßnahmen für von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche an. In der angeschlossenen Computerwerkstatt ändern und werden Konzepte und Modellprojekte für die praktische Arbeit entwickelt, so auch die vorliegende CD-ROM. Sie ist für junge Menschen gedacht, die »an der Schwelle zum selbstständigen Leben stehen«, also ältere Haupt- und Förderschüler sowie Auszubildende. Das Lernprogramm kann sowohl im Schulunterricht als auch in der sozialpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen oder zum Selbstlernen eingesetzt werden. Hintergedanke ist, dass Jugendliche sich nur dann verantwortungsvoll in der heutigen Konsumwelt bewegen können, wenn sie auch das entsprechende Wissen darüber haben. Darum sollen sie in allen rechtlichen Aspekten des Kaufens fit gemacht werden.

Anhand der Themen *Kauf von Privat, Kauf im Geschäft, Haustürgeschäfte, Versandhandel, Kaufen im Internet, Ratenkauf, Leasing* und *Der Käufer und sein Recht* geht es etwa um die Fragen, unter welchen Bedingungen man fehlerhafte Dinge umtauschen kann, was beim Kauf eines Gebrauchtwagens zu beachten ist, wie sinnvoll Ratenkäufe sind oder wie man mit aufdringlichen Zeitschriftenvertretern umgehen soll.

Dabei ist die Struktur der einzelnen Kapitel stark systematisiert: Immer werden zunächst jeweils einführende Erläuterungen gegeben, oft mit Hilfe von reproduzierten Originaldokumenten wie Kaufverträgen. Die jeweiligen Beispiele sind dabei so gewählt, dass sie besonders für Jugendliche relevant sind, etwa der Kauf eines neuen oder gebrauchten Handys oder Autos. Zu jedem Bereich werden Problemfälle und Schwierigkeiten erläutert. Schließlich folgen Übungen, bei denen man das eben Gelernte anwenden muss, bevor man zum nächsten Kapitel gelangt. Die Übungen setzen sich aus Kreuzworträtseln, Lückentexten und Fragen zusammen, zu denen die richtigen unter den angebotenen Antworten anzuklicken sind.

Die Thematik ist umfassend und verständlich dargestellt, die Umsetzung mittels Originalausschnitten und einer oft humorvollen Fotobegleitung ansprechend realisiert. Die Navigation durch das Menü gelingt ohne Probleme, jederzeit kann man Schritte wiederholen oder überspringen, auf die nächsthöhere Ebene oder ins Hauptmenü gelangen. Ebenso klar strukturiert wie die Syntax ist die grafische Aufmachung, allerdings könnte ein bisschen mehr Aufwand vielleicht dem Ziel, junge Menschen zu erreichen, förderlich sein, weil die richtiggehend strenge Oberfläche Jugendliche womöglich nicht gerade vom Hocker reißt. Da das Programm auch ganz ohne Ton auskommt, ist die Hürde für junge Leute, am Ball zu bleiben, eventuell hoch. Doch wer das Programm wirklich durcharbeitet, hat hinterher mit Sicherheit viel gelernt und weiß, was beim nächsten Kauf einer Jeans mit Fleck zu tun ist.

Karin Ehler

Hier gibt es vielfältige Informationen zum Thema **Schulden und sozialer Lage:**

<http://www.kursbuch-schuldenpraevention.de>

Das »Kursbuch-Schuldenprävention« richtet sich an SchuldnerberaterInnen, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, FamilienbildnerInnen, etc., die sich mit Schuldenprävention befassen oder sich zukünftig damit befassen möchten. Es will einen bundesweiten Überblick über bestehende Projekte und Aktivitäten im Bereich Schuldenprävention geben und über aktuelle Entwicklungen informieren.

Diese Homepage bietet eine Vielzahl von aktuellen Literaturtipps, Materialhinweisen, Projekten und Links.

<http://www.kidsundknete.de>

Das Modellprojekt »Kids und Knete« der Aachener Schuldnerberatung e.V. will Kinder im Grundschulalter, Eltern und pädagogisches Fachpersonal für verantwortungsbewussten Umgang mit Konsumwünschen und Geld sensibilisieren, weil bereits im Kindesalter die Weichen dafür gestellt werden, wie Menschen mit ihren Bedürfnissen umgehen und welche Rolle finanzielle Mittel dabei spielen. Zu diesem Zweck wurden Curricula und Unterrichtsmaterialien gemeinsam mit Kindern, Eltern, LehrerInnen und ErzieherInnen konzipiert. Mit Materialien zu den Themen »Bedürfnisse und Wünsche«, »Mein Taschengeld«, »Der Kreislauf des Geldes« und »Die Werbung« erproben die Kinder unter pädagogischer Anleitung verschiedene kreative Zugänge zum Thema Geld und Konsum. Dabei wird gespielt, gemalt, gefeiert und gelacht. Der eigene Alltag und die jeweilige Familiensituation bilden den Hintergrund.

<http://www.vsz.be/DE/infocenter.asp>

»Kaufen Sie jetzt, zahlen Sie später« heißt die neue Broschüre des europäischen Verbraucherzentrums Belgien (VSZ). In ihr werden einfach und detailliert die gebräuchlichsten Kreditformen erläutert. Die Broschüre kann als pdf-Datei heruntergeladen werden.

<http://www.vzvb.de>

Homepage des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen e.V.

<http://www.destatis.de/datenreport>

Teil I des »Datenreport 2004 – Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik« des Statistischen Bundesamtes umfasst zahlreiche Informationen zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in der EU. Im Teil II steht die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der Lebensbedingungen durch die Bevölkerung im Blickpunkt. Damit wird das Informationsangebot der amtlichen Statistik um Erkenntnisse über Werthaltungen, Erwartungen und Präferenzen der Menschen in Deutschland erweitert. Beide Teile können als pdf-Datei heruntergeladen werden.

<http://www.sozialerhebung.de>

Hier findet man die Ergebnisse der 17. Sozialerhebung des DSW zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003, für die 21.400 Studierende befragt wurden.

Auf keinen grünen Zweig ...

Prekär Beschäftigte: Trotz Vollzeit-Arbeit kein Ausweg aus der Schuldenfalle.



Inge Poljak, Mitglied der DDS-Redaktion und von Beruf Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache, weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig sich die finanzielle Situation für freiberufliche LehrerInnen gestaltet. Sich zu verschulden, bleibt manchmal die einzige Möglichkeit, wenn plötzlich Ereignisse eintreten – und sei es, dass Waschmaschine oder Fahrrad kaputt gehen –, die das knappe monatliche Budget überlasten, die aber trotzdem finanziert werden müssen, weil sie kein Luxus sind, sondern nur ganz normale Lebens- und Arbeitsgrundlage. Für die DDS sprach Inge Poljak mit einem ehemaligen Kollegen.

Seit ich nicht mehr in der Weiterbildung beschäftigt bin, habe ich ein regelmäßiges Einkommen und komme – im bescheidenen Rahmen – gut über die Runden. Als freiberufliche Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache musste ich lange genug improvisieren und hatte nicht annähernd so etwas wie Planungssicherheit oder gar finanzielle Reserven. Jetzt sitze ich zumindest graduell plötzlich »in einem anderen Boot«, freue mich auf die Tariferhöhungen, das Weihnachtsgeld und den bezahlten Urlaub.

Für das Interview zum Thema »Schulden« ist es nicht schwer, unter den ehemaligen KollegInnen potentielle GesprächspartnerInnen auszumachen. Die meisten von ihnen leben von der Hand in den Mund. Dennoch ist es sehr schwer, sie darauf anzusprechen und nach ihrer finanziellen Lage zu befragen. Ich habe Glück. Ein Kollege, den ich aus vielen Zusammenhängen kenne und schätze, ist ohne Umschweife bereit, mir ein Interview zu geben. Er bricht das Tabu ohne Schwierigkeiten.

A. T. (Name geändert), 49, Magister für Deutsch als Fremdsprache unterrichtet seit 13 Jahren – freiberuflich natürlich – an mehreren Instituten in München. Nach seinem Studium hatte er einige Jahre in seinem Heimatland an der Fakultät für Germanistik und Linguistik gelehrt. Aus politischen Gründen ist er nach Deutschland gekommen.

DDS: Wie sieht dein Arbeitsalltag aus?

A. T.: Ich unterrichte in der Woche durchschnittlich 30 Stunden. Hinzu kommen Vorbereitung und Nachbereitung des Unterrichts, Abstimmung mit Kollegen und Kolleginnen, denn wir teilen häufig die Kurse. Außerdem werde ich sehr oft von den TeilnehmerInnen auch noch nach dem Kurs beansprucht. Sie brauchen viel Hilfe im Alltag und ich bin häufig die Person ihres Vertrauens. Ich arbeite derzeit hauptsächlich an zwei Instituten und habe deswegen teilweise täglich mehrere Wege. Außerdem bin ich gewerkschaftlich und politisch sehr aktiv. Das braucht den Rest meiner Zeit.

DDS: Möchtest du daran etwas verändern?

A. T.: Ich möchte natürlich weniger arbeiten müssen, besser bezahlt werden und mehr Zeit für Fortbildung und mein Privatleben haben. Auch hätte ich gerne mehr freie Wahl, was die Inhalte der Kurse betrifft. Wir sind zwar »selbstständig«, aber dennoch weisungsgebunden und die Inhalte sind fest vorgegeben.

DDS: Wieviel verdienst du denn im Monat und wie hoch sind deine Lebenshaltungskosten?

A. T.: Seit 3 Jahren sind die Honorare – zum ersten Mal nach 13 Jahren – angehoben worden. Ich verdiene seitdem 23 Euro für die Unterrichtsstunde. Vorher waren es 29 Mark. Allerdings sind jetzt Honorarkürzungen angekündigt und so, wie sich das Zuwanderungsgesetz anlässt, wird den Deutschkursträgern nichts anderes übrig bleiben, als die Honorare zu kürzen oder den Laden zu schließen. Wir müssen uns mit dem Gedanken anfreunden, dass wir ab Januar 2005 für ca. 20 Euro arbeiten werden. Bei einem meiner Auftraggeber ist das Honorar ohnehin abhängig von der Zahl der Teilnehmer, das heißt, da arbeite ich streckenweise auch schon mal für 15 Euro pro Unterrichtseinheit. Übers Jahr gerechnet komme ich durchschnittlich auf etwa 2300 Euro Honorar im Monat. Davon gehen 345 Euro für die private Krankenversicherung weg, deren Kosten sich laufend erhöhen. Seit einem Jahr zahle ich für eine private »Mini-Alterssicherung« ein. Das sind noch mal 150 Euro monatlich. Außerdem kommt am Ende des Jahres noch die Einkommenssteuer. Weil es mir nicht gelingt, das Geld dafür regelmäßig zurückzulegen, muss ich es mir meistens von Freunden leihen.

DDS: Da bleiben dann noch ca. 1800 Euro, wenn ich richtig gerechnet habe. Was musst du davon noch alles bezahlen?

A. T.: Für die Warmmiete meiner Ein-Zimmer-Wohnung zahle ich jeden Monat 650 Euro. Ich brauche natürlich zu



Hause einen Arbeitsplatz, kann diesen aber nicht von der Steuer absetzen, da das Finanzamt nur Räume anerkennt, die baulich vom Wohnbereich getrennt sind. Schlecht zu machen, bei einer Ein-Zimmer-Wohnung. Deshalb wohne ich eigentlich in meinem Arbeitszimmer. Dann fallen noch die laufenden Kosten für Telefon, Fahrkarten, Arbeitsmittel an. Das sind jedoch nur die kleineren Beträge. Denn ich bin geschieden und habe zwei Söhne. Für diese und meine geschiedene Frau überweise ich jeden Monat 800 Euro. Sie leben in meinem Heimatland, sind völlig auf das Geld angewiesen und kommen damit gerade so über die Runden. Mit dem Rest versuche ich dann »gedämpft« zu leben.

DDS: Und wie steht es um deine soziale Absicherung?

A. T.: Freiberufliche Lehrkräfte müssen sich – wie alle Selbstständigen – um alles selbst kümmern. Sie zahlen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil für die Kranken- und Rentenversicherung. Eine Arbeitslosenversicherung können sie nicht abschließen.

Weil ich Honorar ausschließlich für die gehaltene Unterrichtsstunde bekomme, bin ich im Krankheitsfall, in den Ferien oder wenn ein Kurs mangels Teilnehmer ausfällt, ohne jegliches Einkommen. Das heißt, ich bräuchte eigentlich immer Rücklagen, um auch in solchen Fällen leben zu können. Aber daran ist gar nicht zu denken. Ich zahle eine private Krankenversicherung. An jeder ärztlichen Leistung muss ich mich deshalb selbst beteiligen. Eine langwierige Therapie wegen eines Rückenleidens musste ich abbrechen, weil ich das Geld für die Zuzahlungen nicht mehr hatte.

Eine richtige Alterssicherung habe ich auch nicht. Als freiberuflicher Lehrer müsste ich in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Ich würde das auch gerne tun, allerdings habe ich keinen Arbeitgeber und müsste die 19,5 Prozent von meinem Honorar selbst bezahlen. Dieses Geld habe ich einfach nicht. Erst seit einem Jahr spare ich 150 Euro im Monat, um nach 17 Jahren ein minimales Kapital zu haben, mit dem ich dann vielleicht in meinem Heimatland bescheidenst leben könnte. Aber das ist sehr ungewiss, denn dann bin ich schon 67. Niemand weiß, ob ich zurückkehren kann. Ich bin ja von dort aus politischen Gründen geflüchtet. Und jetzt fühle ich mich in Deutschland auch schon zu Hause.

DDS: Wie ist denn dann konkret deine finanzielle Lage?

A. T.: Ich habe momentan noch 10.000 Euro Schulden bei Freunden. Ansonsten lebe ich auf Dispo-Kredit. Das wird auch nicht weniger, eher mehr.

DDS: Das sind ziemlich hohe Schulden, zumindest für jemanden mit deinem Einkommen. Wie bist du denn dazu gekommen?

A. T.: Ich hatte immer ein bisschen Schulden, aber mit der Scheidung kam der große Schuldenberg. Nach islamischem



Recht musste ich das Brautgeld bei der Scheidung ausbezahlen. Das waren damals ca. 30.000 Mark. Einen kleinen Teil konnte ich bisher abbauen, aber seit einem Jahr bleibt mir nichts mehr übrig dafür. Das liegt sicher an der Miete. Vorher habe ich in einer Wohngemeinschaft gewohnt. Aber weil das Zusammenleben mit meinem Mitbewohner so schwierig geworden war, musste ich ausziehen.

Die Schulden sind eine enorme Last für mich, denn ich weiß, dass die, die mir das Geld geliehen haben, es selbst brauchen. So froh ich darüber bin, so gute Freunde zu haben, trübt es doch die Beziehungen. Es bereitet mir Alpträume.

DDS: Siehst du denn vor diesem Hintergrund eine persönliche Perspektive für dich?

A. T.: Ich sehe ehrlich gesagt keine. Es ist alles so unsicher geworden durch die ständigen Schwankungen in der Einwanderungspolitik. Wir versuchen seit Jahren immer nur noch Schlimmeres zu verhindern. Ich kann nur sagen, was ich hoffe. Ich hoffe, dass meine Kinder, die jetzt 14 und 16 sind, bald selbstständig werden und nicht mehr nur von mir abhängen. Das würde mich sehr entlasten.

Was mich betrifft, hoffe ich eher auf eine politische Perspektive. Ich bin überzeugt, dass ein anderes System möglich ist. Ein System, indem der Mensch wieder im Mittelpunkt steht und nicht die Profite. Ob wir das erreichen, keine Ahnung. Aber dafür kämpfe ich.

DDS: Danke für das offene Gespräch.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erschien dieses Jahr die Pilotstudie der TNS Infratest Sozialforschung: »Berufliche und soziale Lage von Lehrenden in der Weiterbildung«. Download zu finden im Internet unter: <http://www.bmbf.de/de/1366.php>

Der lernende Kapitalismus

Finanzielle Allgemeinbildung als Schuldenprävention

Im Sozialsektor entsteht ein von Banken, anderen Finanzdienstleistern und Politikern begrüßtes neues Bildungskonzept, das aus den USA kommt. Dieses Konzept heißt »Financial Literacy« oder »Finanzielle Alphabetisierung«. Darin wird das Wissen über Geld und Kredit dem Alphabet gleichgestellt, das man lernen muss, um schreiben und lesen zu können. Genauso einfach sei es dann mit Kredit und Überschuldung. Armut, die auf Geldmangel und Geldmangel, der auf Mangel an unternehmerischem Elan reduziert wird, beruhen demzufolge auf Wissensdefiziten im Umgang mit Geld. »Finanzielle Alphabetisierung« ist in den USA eine Kampagne, an der sich alle Gläubiger beteiligt haben und die dort häufig dazu missbraucht wird, von der trotz Wirtschaftsboom steigenden Armut und ihren gesellschaftlichen Gründen abzulenken. Wer sich die Website der JumpStartCoalition, dem Zusammenschluss aller beteiligten Firmen und Banken, ansieht, die zu Deutsch »Fliegender Start« bedeutet, wird an den Religionsunterricht früherer Zeiten erinnert, wo der Tellerwäscher zum Millionär wurde.

Ist Bildung nur die Aufklärung darüber, dass man benachteiligt ist?

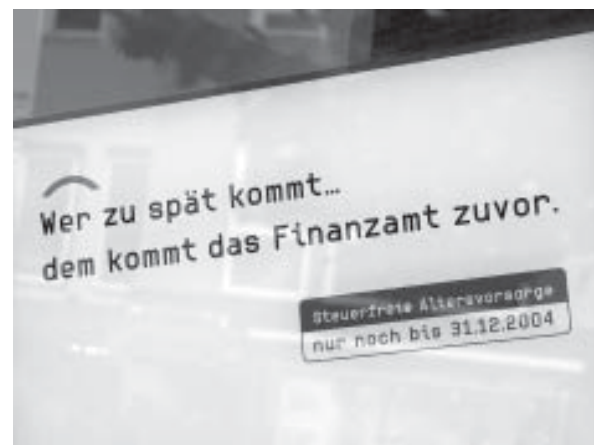
Geht es darum, den »Verhältnissen nur immer wieder ihre Melodie vorzuspielen, bis sie zu tanzen anfangen«, worin Marx in der Deutschen Ideologie den Bildungsauftrag für die Armen und Unterdrückten erschöpfend beschrieben sah? Muss man nur die Verhältnisse um»bilden« und der Rest geht dann von alleine? Solche Thesen werden auch heute vor allem im sozialen Bereich vertreten. Was sollte es nützen, subjektive Fähigkeiten den Überschuldeten anzu-

trainieren, wenn sie dadurch den ohnehin feststehenden Platz in der Armut nur für einen anderen frei machen? Haben es die Überschuldeten wirklich in der Hand, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen oder sollten wir uns nicht den eigentlichen Problemen zuwenden: der Arbeitslosigkeit, den katastrophalen steuerlichen und familienrechtlichen Bedingungen der Ehescheidung, der zu-

nehmenden Kostenbelastung im Krankheitsfall, dem Mangel am Kündigungsschutz im Kreditverhältnis, dem Umschuldungskarussell der Citibank, den inflexiblen Ratenkreditkonditionen, den übersteuerten Restschuldversicherungen, ohne die gerade die Ärmere keine Kredite mehr bekommen, den unsinnigen Ehegatten- und Familienbürgschaften, den gefährlichen Kombinationsprodukten wie finanzierter Altersvorsorge, Lebensversicherungskredit, Bausparsofortfinanzierung und finanziertem Erwerb von Immobilienfondsanteilen, den ungerechten Rückkaufswerten von vorzeitig abgebrochenen Kapitallebensversicherungen oder den gewissenlosen und meist haftungslosen Ratschlägen der Strukturvertriebe an der Haustür?

Schuldnerberater sind für die Handlungsoptionen der Überschuldeten zuständig und sie haben keine präventiven Ansatzmöglichkeiten. Denn sie sitzen nicht im Bundestag und nicht im Aufsichtsamt für Finanzdienstleistungen. Sie sind keine Richter und auch keine Bankpräsidenten, sondern Helfer für Personen, die durch Überschuldung in eine finanzielle Notlage gekommen sind. In der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist es ihre Aufgabe, den Betroffenen zu helfen. Da spielt es keine Rolle, dass einzelne eventuell in Umstände hineingezogen wurden, die ihnen kaum vorgeworfen werden können. Wo es eigene Handlungsmöglichkeiten gibt und gab, müssen diese genutzt werden, auch wenn sich andere dieser Mühe nicht unterziehen brauchen, weil bei ihnen diese Gefahrensituationen überhaupt nicht existieren.

An der Universität Laval in Kanada wird seit Jahren darüber geforscht, warum bei Arbeitslosigkeit Personen mit ähnlichen Verschuldungsgraden diese Situationen durchaus unterschiedlich überbrücken. Während die einen insolvent werden, können sich die anderen selber behelfen oder Hilfe finden. In der Tat ist es erstaunlich, wie innerhalb objektiv schwieriger Situationen immer noch subjektiv Möglichkeiten gefunden werden können, nicht zu scheitern. Es sind der Umgang mit der Krise, ihre mangelnde Vorwegnahme und Berücksichtigung und die falschen Reaktionen auf die Liquiditätsprobleme, die den entscheidenden Unterschied machen.



Mit Konsumverzichtsromantik können keine empirisch nachweisbaren wesentlichen Ergebnisse für die Überschuldungsprävention erreicht werden. Die Kampagne der Ordoliberalen um Eucken, Röpke und Ludwig Ehrhardt Anfang der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts gegen den »Borgkauf« und das »vorgegessene Brot«, – die Lebensmittelindustrie unterstützte, weil sie befürchtete, dass die Ausgaben vom kurzlebigen Konsum auf die langlebigen Güter verlagert würden, – hat den Siegeszug des Konsumentenkredits nicht aufhalten können. Es wird auch heute nichts nutzen. Die Vorteile, die der Kredit auch den Niedrigverdienern bringt, sind so offensichtlich und unmittelbar, dass Moral nicht die richtige Antwort ist.

Vom Umgang mit Finanzdienstleistungen zum Umgang mit Geld

Vielmehr geht es darum, den Umgang mit Finanzdienstleistungen und hier speziell mit Krediten zu lernen. Erst mittelbar erlernen wir damit den Umgang mit Geld. Erst über die Finanzdienstleistungsprodukte erfahren wir, dass wir einen Überblick über unsere Ausgaben und Einnahmen erreichen und behalten müssen, weil wir sonst mit diesen Produkten nicht das erreichen, was wir von ihnen erwarten. In den Produkten selber ist eine wichtige Botschaft enthalten, die weit nachhaltiger präventiv wirkt, wenn man sie verstanden hat. Der Kredit ist rückzahlbar. Die vorzeitige Nutzungsmöglichkeit von zukünftigem Einkommen kostet Geld. Die Zinsen und die Ware, die ich auf Kredit heute schon kaufe, sind teurer, als wenn ich sie morgen bezahle. Kann ich nicht mehr regelmäßig bezahlen, so verliert die Bank das Vertrauen in mich. Das sagt ja schon das Wort, das vom Lateinischen »credere« = vertrauen, glauben herührt. Die Bank wird kündigen und alles rückgängig machen wollen. Ich aber habe mein Geld in Sachgütern eingefroren, wo ich es nicht mehr herauslösen kann.

Kredit ist ein gefährliches Gut, das man in seinen Konsum einfriert und dafür mit seinem Einkommen haftet. Man kann mit diesem Gut viel erreichen, muss aber seine Probleme kennen. Ebenso wie wir beim Führerschein erwarten, dass deren Inhaber darüber Bescheid weiß, welche Wirkungszusammenhänge das Auto bestimmen, und woraus sich Gefahren ergeben können, müssen wir bei Kredit und Anlage, Konto und Versicherung wissen, wie sie funktionieren und wo ihre Gefahren herkommen.

Finanzielle Allgemeinbildung bildet über Finanzdienstleistungen. Zugleich erläutert sie dabei die Wirtschaft schlechthin. In einer Kreditgesellschaft wird dem einzelnen nichts mehr geschenkt, gleichwohl kann er/sie durch intelligente Nutzung von Bank und Versicherungsprodukten teilnehmen am gesellschaftlichen Reichtum. Auch in der Not geht es nicht um Hilfe, sondern um Überbrückung als Dienstleistung. Es reicht nicht einmal, selbst nichts falsch zu machen. Der Überschuldete muss auch noch lernen, die anderen mit zu überwachen, insbesondere die Kreditgeber, damit sie nichts falsch machen. Hierzu muss er seine Rech-

te kennen, muss auftreten können, soziale Kompetenz zum Handeln haben und Selbstbewusstsein auch gegen alle moralischen Abwertungen behaupten.

Finanzielle Allgemeinbildung vermittelt kein abstraktes Vortatswissen. Sie ist situationsbezogen. Gerade weil es den Einzelnen nützen soll, muss ihnen das Wissen über Kredit und Anlage, Konto und Versicherung auch so vermittelt werden,

dass sie diesen Nutzen einsehen können. Es muss daher immer situationsbezogen vermittelt werden. Anders als in der beruflichen Bildung oder in der wirtschaftlichen Allgemeinbildung geht es um Handlungswissen in eigenen Angelegenheiten, das in fünf Kontexte gegliedert werden kann:

1. Eigentlich ist finanzielle Allgemeinbildung nur dort möglich, wo die Betroffenen unmittelbar in Problemlagen erreicht werden können, in denen sie Beratungsbedürfnisse entwickeln. Schuldnerberater sitzen damit an der Quelle dieser Bildungsmöglichkeiten, da sie von den Überschuldeten um Rat und Information gefragt werden. Allerdings scheint es so, als ob dies in dieser Situation zu spät ist. Daher wird dort heute häufig nur Bildung über rechtliche Insolvenzverfahren angeboten und nicht über Finanzdienstleistungen.
2. Überschuldete sind nicht selten mehrfach in dieser Lage. Wenn sie das Wissen über den eigenen Problemhintergrund bei der Insolvenzberatung erhalten, das ihnen vorher genützt hätte, dann dürften sie sich dafür interessieren und dieses Wissen beim nächsten Problemfall nutzen. Das Wissen über Finanzdienstleistungen nützt ihnen aber selbst in der Insolvenz. Sie werden leichter Vorschläge für Lösungen mittragen können, wenn sie die Konstruktionen verstanden haben. Sie werden eher aktiv mitgestalten, wenn sie auch intellektuell ihre Situation durchschauen und dabei durchaus auch die Ursachenanteile anderer miterfahren, so dass sie aufrecht weitergehen können.
3. Tatsächlich gehen wir davon aus, dass jeder Überschuldete über seine Probleme und die Lösungen in seinem Umkreis erzählt und sogar von ähnlich Betroffenen im Familien- und Freundeskreis als »Experte« gefragt wird. Die Überschuldeten sind daher Multiplikatoren für Fragen der Überschuldung – ihre Bildungsanstrengungen



wären durchaus kontraproduktiv, wenn sie nichts anderes weitergeben könnten, als dass man sich eigentlich nicht hätte verschulden sollen.

4. Auch bei Jugendlichen, die ja trotz aller Falschmeldungen besorgter Politiker, Sozialarbeiter und Journalisten sich gar nicht rechtswirksam verschulden können, ist finanzielle Allgemeinbildung möglich. Sie haben z.B. bereits Probleme, etwa mit dem Handy, oder kennen entsprechende Probleme in der Familie. Wenn man bei diesen Problemen mit Krediten (und eben nicht mit dem Taschengeld) sinnvoll ansetzt, dann lässt sich das dabei generierte Wissen später auf größere Probleme ebenso anwenden.
5. Auch der Gerechtigkeitssinn junger Menschen entwickelt bei ihnen Bildungsinteressen. Jugend will es immer besser machen. Wenn wir ihnen Gestaltungsspielräume aufzeigen, deutlich machen, dass Widerstand und Gegenmacht notwendige Entwicklungsschritte zur Bildung einer gerechteren Gesellschaft sind, wenn wir zur Kritikfähigkeit erziehen, gleichzeitig aber deutlich werden lassen, wie wichtig dabei Sachkompetenz ist, dann holen wir sie dort ab, wo sie lernen wollen. Mit Moralappellen und dem Eindruck, diese Welt könne nur verstanden, aber nicht verändert werden, erreichen wir das Gegenteil.

Wissen als Anregung zur Kritik ...

Finanzdienstleistungen sind kein Alphabet und keine Sprache. Sie sind nicht das Geld oder das Gesetz, sondern im privaten Gewinninteresse entwickelte und angebotene Dienstleistungen im kapitalistischen Markt. Daher geht der Begriff »Financial Literacy« auch fehl. Wenn wir dem Alphabet der Finanzdienstleister hinterher laufen, dann werden wir immer in der Nachhut der Entwicklung bleiben und zudem noch dafür sorgen, dass das Unverständliche, Täuschende, das Falsche und Unzureichende praktisch machbar bleibt. Die Gestalt und Wirkungsweise der Finanzdienstleistungen hängt davon ab, inwieweit die Anbieter auf die Interessen der Verbraucher eingehen. Da dies Geld und Zeit kostet, werden sie es nach den Gesetzen des Marktes nur tun, wenn sie dazu gezwungen werden. Zwingen aber kann sie nur der Markt und damit der Verbraucher oder aber der Staat mit seinem Recht und seiner Aufsicht. Deshalb ist das Wissen über die Finanzdienstleistungen zugleich auch Anregung dazu, diese Produkte zu kritisieren, ihre mangelnde Anpassung an die Lebensverhältnisse gerade prekärer Haushalte zu erkennen und zu artikulieren.

... und als Bildungskorrektur

Finanzielle Allgemeinbildung verbindet Geld, Finanzdienstleistungen und Bildung. Verknüpft mit dem weiteren Element der Armutsprävention entsteht ein Viereck sub-

jektiver Voraussetzungen von Wirtschaften. Es setzt nicht an den Ursachen der Überschuldung, sondern nur an ihren technischen Prozessen an. Gleichwohl ist sie wichtig, weil sie das Nachfragepotenzial auf dem Markt stärkt, den Gefährdeten Abwehrpotenziale aufzeigt und sie dort abholt, wo ihre Problemwelt nach Lösungen fragt. Finanzielle Allgemeinbildung ist dabei aber auch Bildungskorrektur, indem sie all die Falschinformationen in Schulbüchern und Religionsschriften, in Werbung und Volksmund angeht. Finanzielle Allgemeinbildung ist damit ein wechselseitiger Bildungsprozess, indem die kritische und sachkundige Bildung der Menschen über die Finanzdienstleistungen zugleich zur Umbildung dieser Finanzdienstleistungen im Interesse der Menschen führt.

von Prof. Dr. Udo Reifner


Professor für Wirtschaftsrecht an der Hamburger
Universität für Wirtschaft und Politik (HWP)
und ehrenamtlicher Direktor des Instituts für
Finanzdienstleistungen e.V. (iff)
Kontakt: udo.reifner@iff-hamburg.de



Die Langfassung des Beitrages und Hinweise auf Veröffentlichungen von Prof. Reifner haben wir auf die homepage der GEW Bayern gestellt: www.bayern.gew.de

BAföG-Datenabgleich

Notwendige Verfolgung von Schwerverbrechern
oder unverhältnismäßige Kriminalisierung
sozial schlechter gestellter Studierender?



Informationsveranstaltung

09.11.04 TU und 17.11.04 Uni

Veranstalter: Studierendenvertretung in Zusammenarbeit mit der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) München

Für die Veranstaltung gibt es zwei Termine, einen an der Uni
und einen an der TU.
09.11.04 18-20 Uhr Technische Universität, siehe Aushang
17.11.04 18-20 Uhr Universität München, Schellingstr. 3, Raum E 04

Von der normativen Kraft des Faktischen

Entwürfe beamtenrechtlicher Regelungen sind den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände zur Stellungnahme zuzuleiten. Die Stellungnahmen sollen mit dem Ziel der Einigung erörtert werden. So sieht es das Bayerische Beamtengesetz in seinem Artikel 104 vor.

Tatsächlich wird dieses sog. Beteiligungsverfahren immer mehr zur Farce. Erörterungen von Stellungnahmen finden zumindest im Bereich des Kultusministeriums nicht statt. Zunehmend werden Änderungen im Vorfeld bereits durch kultusministerielle Rundschreiben umgesetzt, ohne dass vorher Stellungnahmen eingeholt würden. Sind Neuerungen bereits gängige Praxis, werden sie als Änderungsentwürfe versandt, um unverändert in Richtlinien oder andere verbindliche Normen übernommen zu werden. Sie haben sich ja schon bewährt. Die bayerische Form von Beteiligung und vertrauensvoller Zusammenarbeit!

Beispiel eins: Struktur des Vorbereitungsdienstes an Realschulen

Der zweijährige Vorbereitungsdienst ist nach herrschender Rechtslage in drei Abschnitte eingeteilt: Seminarschule – Einsatzschule – Seminarschule. So sieht es die Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Realschulen vor. Zum Februar 2004 wurde dies geändert. Die Ausbildung findet nun im ersten Jahr an der Seminarschule statt und im zweiten an der Einsatzschule. Diese Änderung geht zurück auf einen Landtagsbeschluss des Jahres 2000. Sie wurde per kultusministeriellem Rundschreiben vorgenommen und unter anderem auf dessen Homepage veröffentlicht. Eine Nachfrage der GEW ergab: »Die erforderliche Änderung des § 7 der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Realschulen wird aus verwaltungsökonomischen Erwägungen zusammen mit weiteren anstehenden Änderungen vorgenommen.« Verwaltungsökonomie hebt demokratische Beteiligungsrechte aus – politische Realität in Bayern!

Es geht hier nicht darum, ob diese Änderung sinnvoll ist oder nicht. Wahrscheinlich ist sie es im Interesse der Betroffenen. Sie sparen sich einen Umzug und müssen dann »nur« zwei- oder dreimal umziehen: an die Seminarschule, an die Einsatzschule, und – wenn sie Glück haben – an die »endgültige« Schule bzw. jeweils die betreffenden Orte.

Es geht darum, wie Beteiligungsrechte ausgehebelt werden. Würden diese Rechte ernst genommen, hätte sich vom Landtagsbeschluss im Jahr 2000 bis zum Februar 2004 ein Weg gefunden, entsprechend den Vorgaben des Beamtengesetzes Gewerkschaft und Berufsverbände ordnungsgemäß zu beteiligen.

Beispiel zwei: Neuregelung des Übertrittsverfahrens

Nach wie vor fordert die GEW, die Entscheidung über die Schullaufbahn eines Kindes nach der Grundschule diesem zusammen mit seinen Eltern zu überlassen. Auch der Hauptpersonalrat wandte sich auf eine GEW-Initiative hin vor bald zwei Jahren ans KM, um auf praktische Probleme in den vierten Grundschulklassen hinzuweisen, die sich aus der Tatsache des Probeunterrichts ergeben. Vor allem muss der gesamte Jahresstoff in Deutsch und Mathematik bis zum Zeitpunkt des Probeunterrichts behandelt sein, um den teilnehmenden Kindern bestmögliche Bedingungen zu gewährleisten. In der Antwort hieß es: Das KM stimmt darin zu, »dass dieser Sachverhalt weder pädagogisch sinnvoll ist, noch den Intentionen des Grundschullehrplans entspricht.« Es wurde als dringend notwendig erachtet, »eine Regelung zu finden, die allen Kindern gerecht wird«, und versichert, »dass sich das Staatsministerium um eine Lösung in dieser Frage kümmern wird«. Der Probeunterricht 2003 und auch 2004 fand unter den gleichen schlechten Voraussetzungen statt. Eine mündliche Nachfrage ergab: Es gelte, sich noch etwas zu gedulden, denn eine »Großreform des gesamten Übertrittsverfahrens sei in Arbeit«. Eine gewisse Erleichterung sei darin zu sehen, dass das Dividieren durch zweistellige Zahlen nicht mehr Gegenstand des Probeunterrichts sei. Wohin die Entwicklung gehe, könne aber noch nicht verraten werden. An anderer Stelle war einmal zu hören, im KM gingen die Vorstellungen von einer deutlichen Verschärfung des Übertrittsverfahrens auf der einen Seite bis hin zur völligen Freigabe des Elternwillens auf der anderen Seite.

Schwachpunkte beseitigen?

Kurzfristig erhielten Eltern- und Lehrerverbände im September eine Einladung ins KM, bei der die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe aus dem Jahr 2003 erläutert werden sollten. Die Spannung war groß. Was mag die »Großreform« bringen? Bereits nach den einführenden Worten von Ministerialdirigent Erhard war klar: Eine Großreform wird es nicht geben, lediglich einige Modifizierungen am bestehenden »bewährten« (?) Verfahren. Dem KM liegt daran, drei »Schwachpunkte« zu beseitigen:

1. Übertritte an die Realschule mit dem Notendurchschnitt 2,66 aus Deutsch, Mathematik, HSU bzw. Englisch,
2. uneinheitliche Durchführung des Probeunterrichts an den verschiedenen Schulstandorten und
3. zu viele Übertritte aus den fünften Klassen.



Änderungen ab Frühjahr 2005

Am 7. Oktober teilte das KM allen Schulleitungen die wieder ohne jedes Teilnahmeverfahren »hausintern« beschlossenen »geänderten Zugangskriterien« mit:

- Alle schriftlichen Aufgaben für den Probeunterricht an Realschulen, Gymnasien und Wirtschaftsschulen werden ab 2005 zentral gestellt.
- Grund- und Hauptschullehrkräfte wirken ab 2005 nicht mehr beim Probeunterricht mit.
- Die Übertrittsbedingungen ans Gymnasium bleiben zum kommenden Schuljahr noch unverändert. »Geeignet« bzw. »bedingt geeignet« ist, wer in den Fächern Deutsch (D), Mathematik (M) und Heimat- und Sachunterricht (HSU) bzw. Englisch (E) mindestens den Notendurchschnitt 2,33 erreicht. Andernfalls ist eine erfolgreiche Teilnahme am Probeunterricht in den Fächern D und M erforderlich. Erfolgreich bedeutet mindestens einmal die Note 3 und einmal die 4.
- Für den Übertritt an die Realschule gilt ab sofort: »uneingeschränkt geeignet« ist, wer mindestens den Durchschnitt 2,33 aus D, M und HSU bzw. E erreicht. Dabei spielt es keine Rolle, wie sich dieser Durchschnitt zusammensetzt. »Bedingt« geeignet ist, wer einen Durchschnitt von 2,66 aus den genannten Fächern erreicht. Diese »bedingt« geeigneten Kinder werden wieder in zwei Gruppen eingeteilt: solche mit den Noten D 2, M 3, HSU bzw. E 3 oder D 3, M 2, HSU bzw. E 3. Diese Kinder können ohne Probeunterricht nach einer Beratung der Eltern an die Realschule wechseln. Diese Beratung findet neuerdings an der aufnehmenden Schule statt, und zwar vor oder bei der Anmeldung. Es handelt sich um eine »Systemberatung der Eltern mit Angebotscharakter im Rahmen von Informationsveranstaltungen...«. Die andere Gruppe der »bedingt geeigneten« Kinder (z. B. D 1, M 3, HSU 3) muss am Probeunterricht teilnehmen. Grundsätzlich ist die Teilnahme am Probeunterricht erfolgreich, wenn in D mindestens die Note 3 und in M die 4 (oder umgekehrt) erreicht wird. Diese Gruppe der »bedingt geeigneten« Kinder kann jedoch auch mit D 4 und M 4 übertreten, wenn die Eltern sich noch einmal beraten lassen. Kinder mit einem Notendurchschnitt von 3,0 oder schlechter im Übertrittszeugnis müssen den Probeunterricht in D und M mit mindestens einmal 3 und einmal 4 bestehen, um an die Realschule zu können.

Änderungen ab 2005/06 für Übertritte aus den 5. Klassen

Das Ziel des KM, die Zahl der Übertritte aus den 5. Klassen zu reduzieren, soll ab dem Schuljahr 2005/06 wie folgt erreicht werden:

Wer nach der 5. Klasse der Hauptschule ans Gymnasium bzw. die Realschule will, muss einen Durchschnitt aus D und M von mindestens 2,0 (Gymnasium) bzw. 2,5 (Real-

schule) aufweisen. Die Englischnote spielt dann keine Rolle mehr. Diese hebe nämlich den Durchschnitt oft auf Grund der guten Motivation der Kinder für dieses Fach zu sehr, war allen Ernstes bei der Anhörung aus dem KM zu vernehmen. Aus diesem Grund soll künftig die Englischnote auch für den Übertritt an Wirtschaftsschulen nach Klasse 6 keine Rolle mehr spielen.

Schwachpunkte beseitigt?

Die Probleme des KM scheinen gelöst:

- Die Zahl der viel kritisierten »Beratungsgespräche« mit den Eltern »bedingt geeigneter« Kinder wird deutlich reduziert.
- Die landesweit einheitliche Durchführung des Probeunterrichts ist gewährleistet, der Bewertungsschlüssel wird wohl gleich mitgeliefert werden.
- Die Zahl der Übertritte aus Klasse 5 wird zurückgehen.

Unsere Probleme sind damit nicht gelöst!

- Zehnjährige Kinder werden nach wie vor in »Schubladen« sortiert, jetzt sogar in fünf:
 1. »Geeignet« für Gymnasium, Realschule, Hauptschule;
 2. »Bedingt geeignet« für Gymnasium, »geeignet« für Realschule und Hauptschule;
 3. »Bedingt« geeignet für Realschule ohne Teilnahme am Probeunterricht und für Hauptschule;
 4. »Bedingt geeignet« für Realschule mit Teilnahme am Probeunterricht und für Hauptschule;
 5. Geeignet für Hauptschule.
- Lehrerinnen und Lehrer sind nach wie vor gezwungen, Prognosen über künftige Entwicklungen von Kindern abzugeben, obwohl längst und vielfach belegt ist, dass dies im Alter von zehn Jahren nicht zuverlässig möglich ist.
- Solange es noch eine vierjährige Grundschule gibt, ist die Möglichkeit der Entscheidung durch die Eltern zusammen mit ihrem Kind unsere Forderung!

Beteiligung der Spitzenverbände nicht in Sicht

Bei der Information im September hieß es noch, die Vorschläge sollen nun bald in die Verbandsanhörung gehen und danach zügig umgesetzt werden. Jetzt sind sie bereits in Kraft. Die Anhörung soll dann stattfinden, wenn die erforderlichen Änderungen der Schulordnung im Entwurf vorliegen. Als Argument für dieses Vorgehen muss der vermeintliche Zeitdruck herhalten. Geredeso als wären die Probleme erst seit gestern bekannt und als hätte es nicht seit 2003 eine Arbeitsgruppe im KM gegeben. Demokratische Beteiligung wird so zur Farce – politische Realität in Bayern!



von Gele Neubäcker

stellv. Vorsitzende der GEW Bayern
Mitglied im HPR



Foto: Mathias Thurm

Schulische Selektion und die Diagnose der »emotionalen Störung«

Der häufigste Anlass zur psychologischen Untersuchung von Kindern und Jugendlichen sind Schulprobleme – sei es direkt bei SchulpsychologInnen oder SonderpädagogInnen, in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen des Gesundheitssystems oder im Rahmen der Jugendhilfe (z.B. Clearingstellen der Jugendämter oder Erziehungsberatungsstellen). Die häufigsten Diagnosen am Ende der klinischen Abklärungen sind dabei Entwicklungsstörungen und Teilleistungsstörungen im Allgemeinen, die der Aufmerksamkeitsstörung (AD/HS), Legasthenie, Dyskalkulie im Speziellen – und in der Regel auch die einer emotionalen Störung.

Leiden an der Schule?

Wie kann man sich den Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Schulproblemen und der Diagnose einer emotionalen Störung erklären? Was hat Schule sozusagen mit psychischem Leiden zu tun? Dass es Kindern in der Schule manchmal vorübergehend schlecht gehen kann, würde alleine noch keinen Grund zur besonderen Aufmerksamkeit oder allgemeinen Sorge abgeben. Doch vielen Kindern geht es mit der Schule dauerhaft so schlecht, dass ihr Leben dadurch nachhaltig beeinträchtigt wird.

Diesen Kindern wird mittlerweile in den meisten Fällen eine Legasthenie, eine Rechenschwäche oder eine Aufmerksamkeitsstörung diagnostiziert. In der Schule können sie in bestimmten Fächern die geforderten Leistungen nicht erbringen. Dementsprechend fühlen sie sich als VersagerInnen. Ihr Selbstwertgefühl schwindet, und sie leiden in Folge beispielsweise unter Ängsten, Selbstwertproblemen, de-

pressiven Verstimmungen, Bauchschmerzen, Kopfschmerzen, etc. Neben der Feststellung der entsprechenden Leistungsprobleme wird deshalb auch eine so genannte »spezifische emotionale Störung des Kindes- und Jugendalters« diagnostiziert. »Spezifisch« bedeutet dabei, dass die emotionale Störung mit etwas Bestimmten zusammenhängt – mit dem Versagenserleben in der Schule.

Auch die Eltern leiden hier mit, weil sie sich machtlos fühlen und ihren Kindern nicht ausreichend helfen können. Darüber hinaus bekommen sie Angst um die Zukunftschancen ihrer Kinder.

Die Eltern wissen in der Regel, dass ihre Kinder nicht »dumm« sind, und sie suchen Hilfe bei LehrerInnen, SchulpsychologInnen, ÄrztInnen oder Beratungsstellen. Die Fachleute beziehen sich dabei auf Forschungsergebnisse, die nachvollziehbar machen, dass, wie und warum viele Kinder mit den Anforderungen in der Schule Probleme haben. Kinder, die beim Rechnen versagen, haben sich meistens unbemerkt falsche Rechenstrategien (Dyskalkulie) angewöhnt, durch eine entsprechende Therapie können diese korrigiert werden. Kinder, die Schwierigkeiten mit der Rechtschreibung, beim Lesen oder mit der Konzentration zeigen, haben meistens leichte angeborene Schwächen in bestimmten Teilbereichen bzw. Funktionsabläufen der cerebralen Informationsverarbeitung (Teilleistungsschwächen, ADS), die, abgesehen von besonders starken Ausprägungen, alleine noch kein so großes Problem darstellen würden. Im Rahmen der schulischen Leistungsanforderungen können diese allerdings schon in leichten bis mittleren Ausprägungen, welche an sich noch gar nicht klinisch relevant wären, zu erheblichen emotionalen und psychosozialen Problemen führen.

Hierbei ist es sehr wichtig, zu verstehen, dass die genannten Leistungsprobleme unabhängig von der Intelligenz sind. Das heißt, die betroffenen Kinder sind genauso klug, wie die anderen. Die Probleme basieren auch nicht auf einer angeblich mangelnden Anstrengungsbereitschaft. Wenn die Kinder in der Schule oder bei den Hausaufgaben nicht mehr mitmachen, sind sie ganz bestimmt nicht »faul«. Vielmehr ertragen sie den äußeren sowie inneren Druck nicht mehr und schützen sich emotional mit Verweigerung. Sie drohen an den Leistungsanforderungen in Folge ganz zu scheitern, und auch die Eltern sowie LehrerInnen drohen zu verzweifeln. Der Druck auf die Kinder wird dadurch zwangsläufig noch höher. Es entsteht ein Teufelskreis, der durchbrochen werden muss. Im Falle von Lese-Recht-schreibproblemen gibt es die Möglichkeit, die Kinder bei Vorliegen eines fachärztlichen Legasthenie-Attests von der Benotung freizustellen. Darüber hinaus besteht bei allen Lernstörungen hinsichtlich der geschilderten psychosozialen Probleme, die gutachterlich als eine »Gefährdung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben« dargestellt werden können, auf Seiten der Jugendhilfe eine gesetzlich festgeschriebene Leistungspflicht, die Kosten für entsprechende Therapiemaßnahmen zu übernehmen (§ 35a SGB VIII).

Selektion statt Förderung setzt Eltern und Kinder unter Druck

Da nun immer mehr Eltern für ihre Kinder diese Therapien in Anspruch nehmen, wird deutlich, wie viele Kinder mit dem Leistungssystem der Schule nicht klar kommen. Aufgrund der dadurch anfallenden Kosten wird von Seiten der Jugendhilfe die Kritik an der Institution Schule immer lauter. Die Schule solle sich um die Lernprobleme der Kinder selber ausreichend kümmern. Die Schule reagiert auf diese Forderung, indem sie Förderkurse anbietet und ihre pädagogischen Konzepte zu verbessern versucht. Unangestastet bleiben allerdings die Eckpfeiler des schulischen Leistungssystems, welche momentan eher sogar noch tiefer in die Gesellschaft getrieben werden. Die Institution Schule bildet Kinder nicht nur, sie bestimmt auch, welche Kinder Chancen auf beruflichen Erfolg haben werden. Sie selektiert. In der vierten Klasse werden die Weichen gestellt, wer auf die Hauptschule, Realschule oder auf das Gymnasium gehen kann. Sicherlich kann man auch von der Hauptschule auf weiterführende Schulen wechseln. Doch die meisten Eltern trauen dem nicht wirklich. Sie haben starke Angst davor, ihre Kinder auf die Hauptschule zu schicken. Angesichts von Jugendarbeitslosigkeit und Verschärfungen auf dem Arbeitsmarkt fürchten die Eltern, dass ihre Kinder zu den Verlierern in unserer Gesellschaft zählen werden. Die Angst und der daraus resultierende psychische Druck entsteht bei den Eltern häufig schon vor der Einschulung. Oft wenden sich Eltern mit folgenden Fragen an die Fachleute der Jugendhilfe oder Kinderpsychiatrie: »Soll ich mein Kind früher oder später einschulen?«, »Was ist, wenn es später einmal sitzen bleiben muss?«, »Wie kann ich mein Kind noch

besser fördern?« oder »Wird mein Kind im Kindergarten wirklich optimal auf die Schule vorbereitet?« Als Erziehungsberater neige ich oft zu der Empfehlung, das alles »ein wenig lockerer« zu sehen, weil der psychische Druck die Probleme bekanntermaßen verstärkt. Doch die Angst der Eltern ist mehr als verständlich. Schließlich hängen vom schulischen Erfolg die Möglichkeiten der Berufswahl und damit die der Verwirklichung von Interessen sowie Fähigkeiten ab. Zudem leiden die Kinder unter schulischem Misserfolg auch dann, wenn die Eltern relativ gelassen bleiben. Die Kinder erleben ja die Konkurrenz und Selektionsmechanismen ganz genau. Und wer gehört schon gerne zu den Schlechteren?

Warum wird die Diagnose »Lernstörung« in Finnland seltener gestellt?

Die Selektionsfunktion der Schule wird oft damit gerechtfertigt, dass die spezifischen Begabungen unterschieden und die Kinder differenziert qualifiziert werden müssen. Dieser Gedanke ist sicherlich wichtig. Doch sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass das Selektionssystem der Schule weniger nach den kindlichen Begabungspotentialen, Fähigkeiten oder Interessen, sondern mehr danach differenziert, welche Kinder und Familien dem Leistungsdruck besser standhalten oder ihm mehr entgegenzusetzen können (z.B. durch Privatschule, außerschulische Förderung, Therapie). Ein Blick über die nationalen Grenzen zeigt hier, dass Schule durchaus sozial verträglicher und erfolgreicher organisiert werden kann: In Finnland beispielsweise werden die Kinder erst ab der sechsten Klasse benotet. Bis zur neunten Klasse gehen sie auf eine Gesamtschule, nach der sie entweder eine Berufsausbildung oder eine weiterführende Schule anschließen können. Den Hochschulzugang bekommen sie in beiden Fällen: entweder durch Schule und Abitur oder durch Abschluss einer Berufsausbildung. Diagnosen von Lernstörungen sind in Finnland seltener zu beobachten. Aus dieser Beobachtung kann nun nicht abgeleitet werden, dass es dort weniger Kinder mit der cerebralen Disposition zu Legasthenie oder Aufmerksamkeitsstörung gäbe, sondern dass es im finnischen Schulsystem offensichtlich nicht notwendig ist, Kindern eine Krankheit zu diagnostizieren, um sie vor dem Scheitern im schulischen Selektionssystem zu bewahren. Die Häufigkeit der, im Falle von Lernstörungen, bei so vielen Kindern diagnostizierten »spezifischen emotionalen Störung« spiegelt so gesehen in erster Linie den gesellschaftlichen Missstand eines ungerechten Selektionsdrucks unseres Schulsystems wider.



von Markus Fellner

Dipl.-Psychologe;
Mitarbeiter an einer
Erziehungsberatungsstelle in
Germering und in einer kinder- und jugend-
psychiatrischen Praxis in München

Es ist 5 vor 12!

Impressionen von der Kundgebung des Bündnisses »Kinder brauchen Qualität« am 9. Oktober auf dem Münchner Marienplatz



Vom strömenden Regen ließen sich die TeilnehmerInnen nicht abhalten, ihren Protest gegen das neue bayerische Kita-Gesetz lautstark zum Ausdruck zu bringen. Eltern, Kinder, ErzieherInnen und die Fachverbände forderten gemeinsam, den Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan nicht durch das wahnwitzige Fördermodell der Staatsregierung ad absurdum zu führen. ErzieherInnen wollen nicht die »Basteltanten der Nation« bleiben, sondern sich für Bildung und Erziehung der Kinder einsetzen. Dafür brauchen sie Zeit und eine finanzielle Ausstattung, die Qualität garantiert, und nicht eine Art »Stücklohn« für abgefertigte Kinder, wie ihn die Staatsregierung einführen will.



Fotos:
Ursula Mai u.a.



Ambulante aufsuchende soziale Dienste

Resümee einer Fachtagung von GEW und OBIS e.V.

Was haben FrühförderInnen, BetreuerInnen von erwachsenen Behinderten, Erziehungsbeistände, Fachdienste in Kindergärten und sozialpädagogische FamilienhelferInnen gemein?

Richtig, sie arbeiten alle trotz verschiedener Auftraggeber ähnlich, indem sie Menschen zu Hause bzw. in ihrem Lebensraum aufsuchen – als ambulante aufsuchende soziale Dienste (Geh-Struktur). Ausgangspunkt und zugleich charakteristisch sind meist die fehlende Selbstständigkeit, unzureichende Ressourcen und Selbstheilungskräfte der Ratsuchenden und Betreuten.

Der Sinn dieser sozialen Dienste liegt ohne Zweifel in deren Passgenauigkeit und dem wirksamen Aufbau einer nachhaltigen, helfenden Beziehung zwischen den beteiligten Personen und Akteuren. Gerade in diesem spezifischen Angebot liegt die große Chance, die Hilfen individuell angemessen, rechtzeitig und letztendlich bedarfsdeckend zu organisieren.

Zu einer Fachtagung »Ambulante aufsuchende soziale Dienste« in der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg, Fachbereich Sozialwesen, trafen sich Fachkräfte der sozialen Arbeit unterschiedlicher Arbeitsfelder aus ganz Bayern. Ziel der Veranstalter – GEW Bayern und OBIS e.V. in Zusammenarbeit mit ProfessorInnen und Lehrbeauftragten der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg – war es, den so arbeitenden Fachkräften aktuelle und neue Informationen zu geben und Austausch über Qualitätsstandards zu ermöglichen.

Es ging aber auch um die schlechten Rahmenbedingungen als Folge der seit geraumer Zeit praktizierten Sparpolitik im Sozialbereich. Dagegen formulierten die TeilnehmerInnen deutlichen Protest.

Seit einigen Jahren wird ihre Arbeit zunehmend wachsendem Kosten- und Leistungsdruck ausgesetzt, bedingt z.B. durch schlechte Betreuungsschlüssel oder drastisch verkürzte Betreuungszeiträume. Ihre Arbeitsbedingungen – ob als ArbeitnehmerInnen oder FreiberuflerInnen – werden durch ständig verknappte Mittel substanziell verschlechtert, politisch verursacht durch die katastrophale Finanzsituation der Kommunen. FreiberuflerInnen versucht man dabei einerseits bewusst als »TarifbrecherInnen« einzusetzen und andererseits zugleich zu benachteiligen – ob von den Behörden gewollt oder ungewollt, sei dahin gestellt.

Bei den meisten dieser Dienstleistungen gibt es weder echte Verhandlungen (z. B. über Fachleistungsstunden) noch ein Schiedsstellenverfahren, wie es beispielsweise bei der (teil)stationären Jugend- und Behindertenhilfe vorgesehen ist.

Zu knappe Pauschalen führen – neben dem Verfall von Tariflöhnen – auch zu unfreiwilligen Selektionen (leichte Fälle, kurze Fahrtzeiten rentieren sich) oder zu nicht ver-

treibaren Fallmengen (statt 20 Betreute sind 50 zum Überleben eines/einer Diplom-SozialarbeiterIn notwendig). In jedem Jugendamt gelten z. B. andere, mehr oder weniger defizitäre Kostenersatzregeln, und die Justizkassen zahlen bald nur noch lächerliche Pauschalen, und das, obwohl die BetreuerInnen oft ein Jahr lang aus eigener Tasche die eigene Arbeitskraft vorfinanzieren müssen.

Die Vorteile eines ambulanten Systems sozialer Dienste sind aber nur wirksam, wenn den Fachkräften ausreichend Zeit und Ressourcen für die – oft konfliktträchtige und schwierige – Beziehungsarbeit zur Verfügung stehen und/oder deren Arbeit nicht durch vermehrte bürokratische Administrations- und Dokumentationsanforderungen erschwert oder gar blockiert wird.

Die Konsequenz solcher Entwicklungen ist ein schleicher, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommener Leistungsabbau. Der Sinn ambulanter Maßnahmen ist vor allem Prävention, und diese wird durch Sparmaßnahmen, wie oben geschildert, ins Gegenteil verkehrt, wenn nicht genügend Zeit und ein erforderlicher Spielraum für die einzelnen Rat- und Hilfesuchenden bleibt.

Kurzfristig scheint für die Politik zwar ein Spareffekt erreichbar; langfristig wird es aber mit Sicherheit teurer, wenn z. B. kostenintensive Heimunterbringungen, Krankenkosten, Psychiatrieeinweisungen etc. notwendig werden oder wenn später für junge Menschen mehr Geld aufgebracht werden muss, weil sie keine ausreichende Schulbildung haben, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Die Tagung trug aber nicht nur zum fachlichen Informationsaustausch bei, sondern verstand sich auch als politischer Impuls für verstärkte sozialpädagogische Prävention. Bei der Frage, welchen Nutzen wir aus den ambulanten sozialen Diensten ziehen, sind die Bürgerinnen und Bürger noch stärker auf empirische und wissenschaftliche Analysen (z. B. Langzeitstudien) angewiesen.

Leider liegt das Schicksal dieser sozialen Dienste in der Hand von (oft unzureichend aufgeklärten) KommunalpolitikerInnen und Justizbehörden: Sparbeschlüsse bei den erzieherischen Hilfen in Höhe von 1,5 Millionen Euro, vom Nürnberger Jugendhilfeausschuss im Mai 2004 akzeptiert, müssen von der Fachöffentlichkeit sowie von den Gewerkschaften aufs Heftigste missbilligt werden. Dies war eine zentrale Forderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung »ambulante aufsuchende soziale Dienste«.



von
Heidi Breucker-Bittner
und
**Günther Schedel-
Gschwendtner**



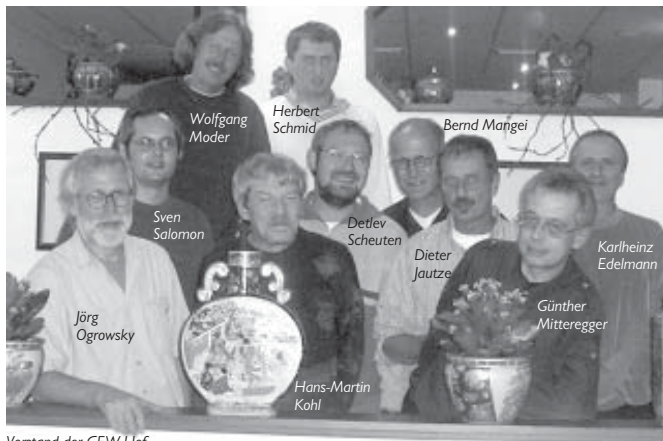
Erklärung des GEW-Hauptvorstandes am 16. Oktober 2004 in Magdeburg

1. Die GEW tritt für die Weiterentwicklung des Beamtenrechts ein. Sie ist zur Mitwirkung bereit, das Beamtenrecht zukunftsfähig, unter Beachtung der Interessen der in der GEW organisierten Beamtinnen und Beamten, zu gestalten. Doch die GEW wehrt sich dagegen, mit einer Reform des Beamtenrechts eine Sanierung der öffentlichen Haushalte auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten auszutragen.
2. Der GEW Hauptvorstand lehnt die aktuelle Vereinbarung zur Reform des Beamtenrechts ab. Sie beinhaltet eine »Reform«, die den Namen nicht verdient und von den Beamtinnen und Beamten nur als Bedrohung zur weiteren Verschlechterung ihrer Situation wahrgenommen werden kann. Sie ist keine geeignete Grundlage für die von uns geforderte Reform in Richtung eines einheitlichen Personalrechts für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Sie führt einerseits zu einer weiteren Spaltung der Beschäftigten, andererseits bietet sie keinerlei Schritte in Richtung voller Koalitionsrechte für die Beamtinnen und Beamten. Sie eröffnet den öffentlichen Arbeitgebern bisher ungeahnte Möglichkeiten zur Besoldungsabsenkung.
3. Mit den in dem Papier formulierten Positionen zur Einführung von Leistungselementen bei der Besoldung wird ignoriert, dass bereits bei der Beamtenrechtsreform 1997 Leistungselemente eingeführt wurden, die bis heute nicht umgesetzt sind. Vielmehr wurde und wird das durch die Einführung der Leistungsstufen eingesparte Geld den Beschäftigten vorenthalten und zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht. Die GEW erwartet, dass die öffentlichen Arbeitgeber zunächst diese Mittel einsetzen.
4. Insbesondere eine Öffnung der Besoldungsregelungen, um regional unterschiedlichen, wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und finanziellen Begründungen »Rechnung zu tragen«, wird von der GEW nicht akzeptiert. Die GEW setzt sich zur Wehr, wenn in den Ländern Lehrerinnen und Lehrer zukünftig auch noch für unterfinanzierte, schlecht ausgestattete Schulen, zu lange Arbeitszeiten und zu große Klassen Besoldungsverschlechterungen hinnehmen sollen. Eine »Besoldung nach Kassenlage« lehnt die GEW strikt ab.
5. Reformen sollen nur mit den betroffenen Beschäftigten durchgeführt werden – nicht ohne und schon gar nicht gegen sie. Bundesinnenminister Schily wird aufgefordert, mit allen organisierten Beamtinnen und Beamten der Gewerkschaften und dem DGB in einen offenen Dialog zu treten. Für die GEW ist die Vereinbarung nicht bindend.
6. Die Art des Zustandekommens dieses Papiers macht deutlich, dass innerhalb des DGB ein erheblicher zusätzlicher Koordinierungsbedarf für die Außenrepräsentanz der Beamtinnen und Beamten besteht. Die GEW betont erneut: Nur der DGB als Spitzenorganisation hat das Recht, die im DGB organisierten Beamtinnen und Beamten in allgemeinen beamtenrechtlichen Fragen nach außen zu vertreten. Zur besseren Beteiligung der Beschäftigten an dieser Repräsentanz fordert die GEW die Einrichtung einer Verhandlungskommission für Beamtinnen und Beamte, in die die ÖD Gewerkschaften anteilig nach der Zahl der bei ihnen organisierten Beamtinnen und Beamten Mitglieder entsenden.

Entschließung der Großen Tarifkommission der GEW vom 19.10.2004 in Frankfurt am Main:

»Zur Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst und Vorbereitung der Tarifrunde 2005«

1. Die Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst ist für die Große Tarifkommission (GTK) der GEW von hoher tarif-, beamten- und organisationspolitischer Bedeutung. Der Reformprozess kann jedoch derzeit nicht darauf bewertet werden, ob der erreichte Stand den Mitgliederinteressen der GEW entspricht:
 - Die Entgelttabelle ist – insbesondere in den Teilen, die für die Mitgliedergruppen der GEW Anwendung finden sollen – nicht ausgehandelt.
 - Die Überleitungstabelle zur Überführung der aktuell geltenden Vergütungsgruppen in die neue Entgelttabelle steht ebenfalls noch nicht fest.
 - Der Geltungsbereich, der aus Sicht der GEW für Beschäftigte in Wissenschaft und Forschung sowie für studentische Beschäftigte von hoher Bedeutung ist, ist noch nicht verhandelt worden.
2. Angesichts der bisher eingetretenen Lage bekräftigt die GEW ihre Forderungen:
 - Die Lösung des Tarifrechts vom Beamtenrecht.
 - Die tarifliche Regelung der Eingruppierung von Lehrkräften im öffentlichen Schuldienst sowie eine tarifliche Festlegung, dass die allgemeine Arbeitszeitregelung als Rahmen auch für Lehrkräfte gilt. Darüber hinaus soll die Möglichkeit eröffnet werden, auf Grundlage der allgemeinen Arbeitszeitregelung lehrkräftespezifische Regelungen regional mit den Ländern auszuhandeln.
 - Die Verbesserung der Eingruppierungsbestimmungen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst.
 - Die Ausgestaltung wissenschaftsspezifischer tariflicher Regelungen für Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen einschließlich einer tariflichen Grundsicherung für studentische Beschäftigte. Vorrangiges Ziel ist, die Beschäftigten in den Geltungsbereich des öffentlichen Tarifrechts einzubeziehen.
3. Dazu muss die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zurück an den Verhandlungstisch geholt werden. Gelingt es nicht, die TdL in den Prozess der Neugestaltung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst einzubeziehen, ist zu beraten, wie ein Verlust der Tarifbindung für den öffentlichen Dienst in den Ländern zu verhindern ist. Der Bruch der Prozessvereinbarung durch die TdL darf nicht »honoriert« werden. Deshalb lehnt es die GEW ab, mit der TdL schlechtere tarifliche Regelungen für ihre Mitglieder zuzulassen, als sie im Tarifvertrag Öffentlicher Dienst mit dem Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) ausgehandelt werden.
4. Die GEW lehnt Präjudizien aus den Vorschlägen zur Reform des Beamtenrechts ab, insbesondere wenn hiermit Verschlechterungen in der Bezahlung oder durch Öffnungsklauseln länderspezifische Regelungen für eine »Bezahlung nach Kassenlage« ermöglicht werden.
5. Für die kommende Vergütungstarifrunde 2005 strebt die GEW Einkommenssteigerungen an.
6. Der tariflichen Zusicherung zur Angleichung der Ost-Einkommen an das West-Niveau bis 2007 bzw. 2009 soll auch in der Tarifrunde 2005 ein weiterer, über 92,5 Prozent hinausgehender Angleichungsschritt folgen.
7. Die Große Tarifkommission fordert die Untergliederungen der GEW auf, über den Stand der BAT-Reform zu beraten und über Perspektiven für die kommende Tarifrunde 2005 zu diskutieren. Die GTK will am 10. Dezember 2004 die bis dahin vorliegenden Diskussionen auswerten und eine abschließende Bewertung der Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst vornehmen.



Vorstand der GEW Hof

GEW Hof mit Blick auf Europa

Der GEW-Kreisverband Hof konnte beim Informationsabend »Die EU-Erweiterung und ihre Auswirkungen auf Schule und Bildung« zahlreiche Gäste begrüßen.

Karlheinz Edelmann, Kreisvorsitzender der GEW Hof, betonte, dass die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften seit Beginn der 50er Jahre von 6 auf jetzt 25 Mitglieder einerseits eine für den europäischen Kontinent ungewöhnlich lange Periode des Friedens gebracht habe. Andererseits dürfe der EU-Raum aber nicht zu einer »Festung Europa« erstarren und nach außen abgeschottet werden. Hans-Georg Weinfurter, der Außenstellenleiter von TIBAY e. V. und Projektleiter für »Grips« in Bayern, ergänzte, dass der DGB mit seiner Initiative »Grips« versuche, einen Beitrag zur Gestaltung des Sozialraums Europa zu leisten.

Drei Beispiele aktiver Initiativgruppen aus diesem Projekt wurden dargestellt.

Gerald Prell von IDOR veranschaulichte mit einem Film das Projekt einer deutsch-tschechischen Fußballschule in Hof. Unter dem Motto »fotbal bez hranic« wird darin versucht, durch eine Verknüpfung von Sprache und Sport deutsche und tschechische Jugendliche spielerisch zueinander zu bringen. Gerald Prell unterbreitete das Angebot, dass interessierte Kinder und Jugendliche jeden Mittwoch an einem Probeunterricht teilnehmen könnten. Für die nähere Zukunft seien die Umwandlung in eine gemeinnützige Stiftung sowie ein trinationales Fußballturnier (Bayern, Tschechien und Sachsen) geplant.

Die Vertreterin der Elterninitiative des Kindergartens in Asch, Monika Uhle berichtete über ihre Kooperation mit Ahornberg, wodurch momentan eine Praktikantin angestellt werden konnte. Zur Zeit werden im Kindergarten in Asch etwa 80 Kinder in vier Gruppen betreut. Für das Kindergartenjahr 2004/2005 bestehe das Ziel, zwei weitere Praktikantinnen zu beschäftigen.

Harald Ehm, Geschäftsführer der Euregio Egrensis Arbeits-

gemeinschaft in Bayern e. V., bezeichnete als primäres Ziel einer Euregio, Vorurteile abzubauen und Partnerschaften anzubahnen. Eine wichtige Zielgruppe seien Kinder, SchülerInnen und StudentInnen. Zur Zeit liege ein Arbeitsschwerpunkt im Bereich Kultur, ein anderer beschäftige sich mit grenzüberschreitendem Tourismus (transnationale Montan- und Kurregion). Auch wenn es nicht in erster Linie Aufgabe der Euregio Egrensis sei, Geld zu verteilen, könne die Geschäftsstelle in Marktredwitz eigenständig Interreg-Mittel bis zu einer Höchstgrenze von 25.000 Euro (bei 50 % Höchstförderersatz pro Projekt) bewirtschaften.

Den EU-Beitritt Tschechiens aus deutscher Sicht sowie aus tschechischer Sicht stellten Herbert Schmid (Grips-Initiative, Marktredwitz) und Petr Arnican (BoBaKom, Weiden) dar. Mit national vertauschten Rollen führten die beiden Referenten durch ausgewählte Stationen deutsch-tschechischer Geschichte und Beziehungen – von der Zeit der Völkerwanderung im sechsten Jahrhundert bis zu den Chancen und Risiken des EU-Erweiterungsprozesses im Jahr 2004.

Im Anschluss nutzten die Anwesenden die Möglichkeit zu Nachfragen und zur Vertiefung. Gefragt waren Informationen über Jugendaustausch im schulischen Bereich, Jugendaustausch im außerschulischen Bereich, deutsch-tschechischer Zukunftsfonds, Betriebsverlagerungen und weiterführende Kooperationsansätze zwischen beiden Ländern.

In seinem Schlusswort und seiner Verabschiedung bedankte sich Albert Schieder (Vorsitzender DGB Region Oberfranken-Ost) bei den Referenten und forderte: »Die geplante EU-Richtlinie für den Dienstleistungsbereich darf auf keinen Fall ohne Abstriche in nationales Recht umgesetzt werden. Wenn Anbieter aus den Beitrittsländern demnächst in Oberfranken-Ost beispielsweise Bauleistungen erbringen dürfen, ohne dass sie dem deutschen Steuer- und Sozialrecht unterliegen, bedeutet das für viele Unternehmen in der Grenzregion den Todesstoß.«

Patenschaften für verbrannte Bücher

Es gibt noch verborgene Schätze in Deutschland! Auf einen solchen sind wir gestoßen und wollen ihn heben – gemeinsam mit Ihnen bzw. euch!

Worum es geht? Den Bücherverbrennungen deutscher AkademikerInnen und Nazis von 1933 fielen die Werke zahlreicher AutorInnen zum Opfer. In Deutschland wurde es nach dem Krieg versäumt, diese Werke als Sammlung zusammenzustellen und für Bildungs- und Forschungszwecke zugänglich zu machen. Der gesamte historische Themenkomplex der Bücherverbrennungen ist unzureichend erforscht und in vielen Städten ein verschwiegene dunkles Kapitel.

Zum Glück hat ein engagierter Privatmann in jahrzehntelanger Arbeit Erstaugaben (!!!) der Werke verbrannter Dichter zusammengetragen. Die Sammlung von ca. 10.000 Bänden soll eine einzigartige zeitgeschichtliche und benutzbare Denkstätte werden, damit diese AutorInnen nicht endgültig dem Vergessen anheim fallen. Sie steht zum Verkauf und wir haben die historisch einmalige und wohl auch letztmalige Chance, ein bedeutendes Stück deutsches und europäisches Kulturgut in seiner Gesamtheit zu erhalten! Ohne unser Engagement besteht höchste Gefahr, dass es unwiederbringlich verloren geht.

Seit mehr als drei Jahren hat sich keine Kommune und kein Bundesland bereit gefunden, diese Bibliothek der verbrannten DichterInnen zu bewahren. Deshalb haben wir uns zusammengefunden (und suchen noch weitere MitstreiterInnen!), um mit dieser Aktion das Geld für den Kauf der Sammlung aufzubringen.

Für die Sicherung der Bibliothek sind 800.000 Euro erforderlich. Wenn also 8.000 Menschen/Initiativen/Sponsoren nur jeweils 100 Euro sammeln/spenden/beschaffen, so haben wir das Geld beisammen. Sollte doch nicht so schwer sein, oder? 8.000 Patenschaften für einzigartige historische Dokumente!

Patenschaften ab 100 Euro können überwiesen werden auf das Konto: Aktion-Patenschaften, Kto.-Nr. 260 7999, VR Bank Starnberg-Hrg-LL (BLZ: 700 932 00)

Wolfram P. Kastner • Kathleen Wagner • Jürgen Heckel
www.aktion-patenschaften.de



**Privatklinik für psychologische Medizin
mit Fachabteilung für Essstörungen**

**Klinik am
Leisberg**
BADEN-BADEN

Info-Telefon
07221/39 39 30

Von hier an geht es aufwärts!

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Günzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/3939350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren
allen Kolleginnen und Kollegen,
die im November Geburtstag feiern,
ganz besonders

Parmatma Prakash, München, zum **83.**

Maria Danner, Hufschlag, zum **81.**

Wilhelm Gebhardt, Happurg, zum **80.**

Helmut Röble, Neuried, zum **79.**

Konrad Maurer, Burghausen, zum **70.**

sowie

Günter Leitzgen, Erlangen, zum **65.**



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft
seit vielen Jahren die Treue halten.
Im November gilt unser Dank ganz besonders

Josef Kirchner, München, für **53 Jahre**

sowie für **35 Jahre**

Brigitte Reichel, Wilhermsdorf,

Gisela von Rimscha, Erlangen,

Eva Sträußl, München,

Reinhard Adamski, Nürnberg,

Heinrich Schmitt, München und

Walter Uebel, Weitramsdorf.

Interessante Veranstaltungen ab November 2004

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit,
Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

10.11.04	»PISA-Sieger« - Anspruch und Wirklichkeit auf dem bayerischen Sektor. Mit Schorsch Wiesmaier, Vors. GEW Bayern	Infoabend	Aschaffenburg DGB-Haus, 20.00 Uhr
12.-13.11.04	Einschätzungen, Perspektiven und Initiativen Jahresseminar der AG Perspektiven *	Seminar	Markt Indersdorf Akademie Schönbrunn
13.11.04	Wir bilden die Zukunft 3. ErzieherInnentag der GEW Bayern */**	Fachtagung	Ingolstadt Kolping-Akademie 9.30 - 17.00 Uhr
19.-20.11.04	Politik, Programm und Personal der GEW Seminar für Neumitglieder. Mit Annette Körner, M.A. *	Seminar	Windischeschenbach
22.11.04	Mitbestimmungsrechte von BR, PR und MAV bei der Gestaltung von Arbeitszeit und Dienstplan */** Veranstalter: www.consulting-fischer.de, Tel. 09 11-8 10 67 42	Seminar für BR/PR/MAV	München Gewerkschaftshaus
26.11.04	Was wird aus dem BAT Mit Peter Jonas, Tarifexperte beim GEW-Hauptvorstand	Öffentliches Treffen des LTA	Nürnberg KiBs im Gewerkschaftshaus 15.00 - 18.00 Uhr
16.-20.5.05	Segeln auf der Ostsee. Aktives Mittun auf einem Zweimastschoner. Fortbildungswoche zur Vorbereitung von Schulfahrten. */** Info und Anmeldung: brandenstein@t-online.de	Fortbildung	ab Eckernförde

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:
GEW-Büro z.Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, e-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr



amtlich anerkannte schulartübergreifende Fortbildung

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
und Friedrich-Koenig-Gymnasium Würzburg
laden Lehrkräfte aller Schularten ein zu

Erfolgreich lernen mit Klippert-Methode(n)

Samstag, 27. November 2004, 9.00 bis 15.45 Uhr

Friedrich-Koenig-Gymnasium, Friedrichstraße 22, 97082 Würzburg

10.00 - 11.30 Uhr Dr. Heinz Klippert Erfolgreich lernen mit Methode(n) - Vortrag mit praktischer Übung

11.45 - 13.00 Uhr Film zur Umsetzung des Klippertschen Methodenprogramms

14.00 - 15.45 Uhr Arbeitsgruppen

Info und Anmeldung bis 13.11. bei GEW/Jörg Nellen, Röntgenring 5, 97070 Würzburg, Tel. 0931-12204, Fax: 0931-12290, gewwue@aol.com

Tagungsgebühr: 15 EUR (für GEW-Mitglieder, FKG, Studierende und LAA/ReferendarInnen: 5 EUR)

GEW-Stammtische ... Kontakte ... GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Bad Neustadt jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Rhönperle
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Bistro JoJo, Schulstraße
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,
wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau jeden 3. Dienstag in ungeraden Monaten,
20 Uhr, Weinstube Reutin
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen, nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pößnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag,
19.00 Uhr, DGB-Haus, Stammtisch-Termine: www.gew.muenchen.de
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Gretl Danner, ☎ 0 89/7 46 05 78

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München GEW-Hochschulgruppe
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen/Niederscheyern jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräukläuse
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten
(ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat,
19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr,
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr,
Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Unterallgäu/Memmingen jeden 1. Schuldonnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Bertram Hörtensteiner, ☎ 0 83 32/64 66

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien),
20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de



Gaby Thienken: Drei Frauen

Erzählung,
Schartt Verlag Oldenburg, 2004,
80 Seiten, 10 Euro

Drei Frauen treffen sich auf einer Bank im Kurpark, kommen ins Gespräch, monologisieren in Gedanken weiter über das alltägliche Knäuel von Beziehungen: Dann hat der... und als... und am Telefon hat eine frühere Freundin... So kommen neben den drei Frauen viele ins Spiel, viele Frauen, auch Männer: Thema des Gedankenaustauschs ist dieses mühsame, unklare Geflecht von Engagement und Selbstsucht, Hoffnung und Verwirrung, Mobbing und Teamwork, dem wir überall begegnen – die drei Frauen suchen nach Klarheit, bald wird der Kuraufenthalt beendet sein, dann müssen sie wissen, wie es für sie weitergeht.

Aber die Klarheit findet sich nicht. Die Erzählung bleibt in der Darstellung der Gedankenkreise. »Ich hätte meinen Mund aufmachen sollen«, sagt Mona. Die andere heißt Lisa. Mona lächelt die dritte, Lena, an. »Ich an deiner Stelle würde kämpfen«, wird ein Kollege zitiert.

Dabei kämpfen Lena und Mona in ihrem Berufsalltag, als Lehrerin, als Personalrätin. Sie trauen sich was zu, sie bewerben sich um Posten, sie treten für Frauenrechte ein, sie sehen durchaus, dass falsch gespielt wird und wissen Beispiele davon zu erzählen. Sie durchdenken die eigenen Fehler, stehen dazu. Das sollte doch zur Klärung beitragen? Aber nein, das Umfeld scheint ungerechtfertigt auf ihren Fehlern herumzureiten, warum? Eine typische Mobbing-Situation? Ist damit die Situation von Frauen, die sich im Beruf engagieren, charakterisiert? Wo ist der Ausweg, die Lücke im Teufelskreis? Lisa bringt über die Schilderung der Mutter und ihrer Beziehung zu ihr das Frauenleben einer Generation früher ins Blickfeld: der Kriegsgeneration, die nach dem Krieg Kinder aufzog. Deren Schweigen, deren Beziehungslosigkeit scheint auch die Töchtergeneration zu belasten...

Die drei Frauen versuchen – wie unsere Generation – ein neues selbstbewusstes Frauenbild für sich zu entwickeln, zu leben und bleiben – vorläufig – im Unklaren hängen. Was tut's? Man kann nicht ohne Karte in den Urwald gehen, ohne zu riskieren, dass man sich unterwegs verläuft. Wichtig ist, den Mut nicht zu verlieren auf dem Weg. Ich jedenfalls habe mich wiedergefunden in dieser Darstellung, ich kann mir vorstellen, dass es anderen Frauen wie mir geht.

Heide Marie Voigt